

Einbahnstraße



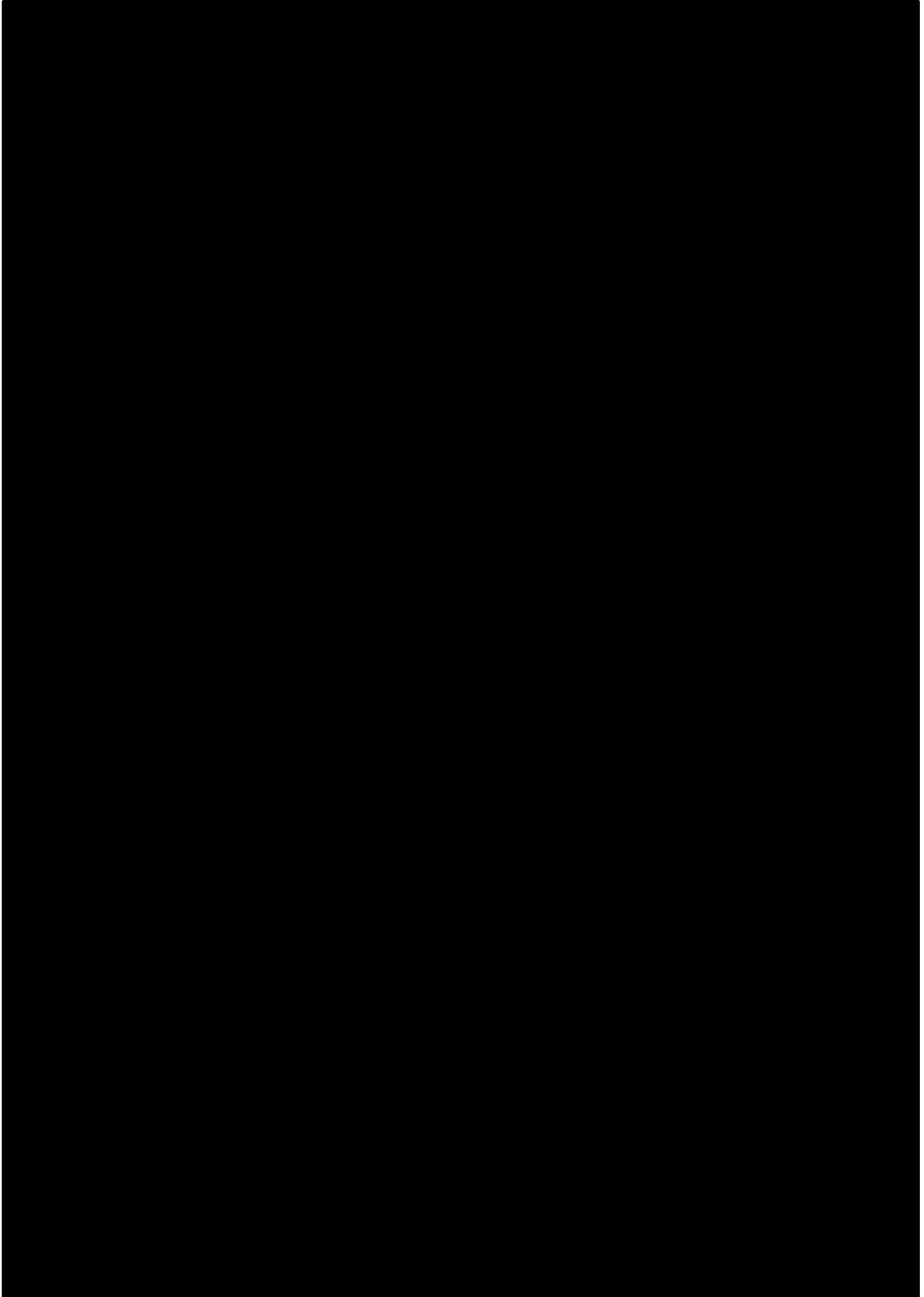
Aufwertungsgebiet

ZUM MITNEHMEN!
KOSTENLOS & KEINESFALLS UMSONST

RandNotizen

Stadtteilzeitung aus dem Schillerkiez

Siebte Ausgabe / April 2012



Önsöz

Schillerkiez'de bahar uyanması:

İnsanlar yeniden sokaklara, Tempelhof alanına dökülüyor, sayısı epey çoğalmış kafelerin önündeki masalar gittikçe doluyor yine. Soylulaştırma (jentrifikasyon), yoksulluk ve ırkçı durumlar ise mevsimlere ve doğanın kurallarına uymaz. Ne yerli sakinlerin bu bölgenin dışına sürülmesi, sosyal saldırı ve ırkçılık gibi mevzular kış uykusu bilir, ne de buna karşı olan direniş. Bu yüzden de 3 Mart 2012'de *Spiegel TV online* ve *Pro Deutschland*'in Çingene karşıtlığı adına yapılan fesata, genel olarak anti-Çinegeneciliğe ve ırkçılığa karşı bir yürüyüş (sayfa 16, "Willkommen in Neukölln! ...") yer almıştır. Ayrıca Lichtenrader Straße 39/Allerstraße 18 köşesindeki apartman sakinleri, ev sahibi *SpreeInvest GmbH* tarafından çıkartılmalarına karşı ciddiye alınması gereken bir teşkilatlanmaya başlamıştır (sayfa 14, "Mieter raus, Eigentümer rein").

Eleştirel bir şekilde ciddiye almamız gereken başka bir şey ise geçenlerde Neukölln'de kurulmuş olan vatandaş platformudur (Bürgerplattform): Schöneweide ve Wedding-Moabit'teki örneklerine takiben gelişen ve BMW-Vakfı gibi ekonomik aktörler tarafından finanse edilen ve çoğunlukla dinsel birliklerden oluşan "yukarıdan" organize olan bir birleşmedir (sayfa 18, "Wehret den Anfängen").

Fakat teşkilatlanmanın başka şekilleri de vardır. Örneğin *100 % Tempelhofer Feld* girişimi (sayfa 24, "Freies Feld für Alle!") ve *CFM* çalışanların iş ihtilafı (sayfa 23, "Auf welcher Seite steht ihr eigentlich?!").

RandNotizen için herhangi bir şekilde (bilgi, metinler, çeviri vs.) katkıda bulunmak isteyenler buyursun! Özel olarak tercümanlarımıza ve makale yazarlarımıza teşekkür ediyoruz. Okuyucularımıza iyi okumalar dileriz.

RandNotizen ekibiniz

Bize nk44.blogspot.de ve ya smashtaskforce@freenet.de'den ulaşabilirsiniz.

Vorwort

Frühlingserwachen im Schillerkiez:

Die Straßen, das Tempelhofer Feld und die Stühle vor der mittlerweile beachtlichen Anzahl an Cafés füllen sich wieder. Rein gar nichts mit den Jahreszeiten oder irgendwelchen Naturgesetzmäßigkeiten haben jedoch Gentrifizierung, Armut und rassistische Zustände zu tun. Verdrängung, soziale Angriffe und Rassismus kennen keinen Winterschlaf. Der Widerstand dagegen auch nicht. So fand am 3. März 2012 eine Demonstration gegen die antiziganistische Hetze von *Spiegel TV online* und *Pro Deutschland* statt, auf der gegen Antiziganismus und Rassismus protestiert wurde (Seite 16, „Willkommen in Neukölln! ...“). Und die Bewohner_innen des Eckhauses Lichtenrader Straße 39/Allerstraße 18 haben mit der Organisation gegen ihre Verdrängung durch die Eigentümerin des Hauses *SpreeInvest GmbH* begonnen (Seite 14, „Mieter raus, Eigentümer rein“).

Kritisch Ernst nehmen sollten wir auch die kürzlich in Neukölln gegründete Bürgerplattform. Dem Beispiel in Schöneweide und Wedding/Moabit folgend, formierte sich nun auch in Neukölln ein „von oben“ organisierter Zusammenhang aus vorrangig religiösen Vereinigungen, der von wirtschaftlichen Akteuren, wie beispielsweise der *BMW-Stiftung*, finanziert wird (Seite 18, „Wehret den Anfängen“).

Es gibt jedoch auch andere Formen sich zu organisieren. Die Initiative *100 % Tempelhofer Feld* ist ein Beispiel dafür (Seite 24, „Freies Feld für Alle!“), der Arbeitskampf der *CFM*-Beschäftigten ein anderes (Seite 23, „Auf welcher Seite steht ihr eigentlich?!“).

Wer Informationen, Texte oder Übersetzungen für die *RandNotizen* beisteuern mag, ist jederzeit willkommen. Wir bedanken uns besonders bei den Übersetzerinnen sowie für alle eingebrachten Artikel und wünschen viel Spaß beim Lesen.

Eure **RandNotizen**

Erreichen könnt ihr uns unter nk44.blogspot.de oder unter smashtaskforce@freenet.de

Inhaltsverzeichnis

06 Pioniere im Schillerkiez

TOPOS hat die Veränderung der Sozialstruktur in Neukölln untersucht

08 Die verdammte Miete ist zu hoch!

Eine Stadtteilmfrage von unten rund um die Neuköllner Hermannstraße

09 Kurz & Knackig

Der nackte Wahnsinn vor der Haustür

12 Eine Farce jagt die nächste

... und sowas wird staatlich finanziert

14 Spree Invest: Mieter raus, Eigentümer rein!

16 Willkommen in Neukölln! Willkommen zu Hause!

18 Wehret den Anfängen

Bürgerplattformen als „Gegenentwurf zum Wutbürger und zur Gegen-Gesellschaft“ (Leo Penta)1

22 Mythos soziale Mischung

Warum die soziale Durchmischung z. B. in Zehlendorf oder im Grunewald keine Rolle spielt

24 Freies Feld für Alle!

Die Kampagne 100 % Tempelhofer Feld

26 Demnächst in deinem Stadtteil

Aktuelle Termine und Ankündigungen für und aus dem Schillerkiez

27 Auf welcher Seite steht ihr eigentlich?!

Zweifelhafte Gewerkschaftspraktiken beim Streik der CFM-Beschäftigten

28 Teil 2 / Zwangsarbeit auf dem Flughafen Tempelhof

Zur Geschichte des Tempelhofer Feldes





Pioniere im Schillerkiez

TOPOS hat die Veränderung der Sozialstruktur in Neukölln untersucht

Spätestens seit die *Hasenschänke* im Volkspark Hasenheide Bionade verkauft, ist es offensichtlich, dass Neukölln von größeren kulturellen Umwälzungen heimgesucht wird. Diese zu erforschen und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerungszusammensetzung zu untersuchen, lautete der Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung an das Stadtforschungsbüro TOPOS. Anfang März stellte Sigmar Gude von TOPOS die Ergebnisse in Form einer Studie mit dem wunderschönen Titel *Sozialstrukturentwicklung in Nord-Neukölln* in der Rütli-Schule vor. Laut Herrn Gude lässt sich bisher nur um den Reuterplatz von Entwicklungen sprechen, die man als Gentrifizierung bezeichnen könne. Im Rest Neuköllns, insbesondere in der Gegend um die Schillerpromenade, habe ein Gentrifizierungsprozess bisher nicht einmal begonnen.

Da fühlt sich der gesunde Menschenverstand natürlich verarscht. Kann man doch am Herrfurthplatz, hinter der abgebrochenen Kirche, inzwischen sogar Delikatessen erstehen. Für TOPOS ist Gentrifizierung allerdings auch nur der „Austausch einer statusniedrigen Bewohnergruppe durch eine andere mit höherem Status/Einkommen“ – also Arme gehen, Reiche kommen. Gentrifizierung ist aber immer auch eine Art Kulturkampf, der diese Verdrängung erst ermöglicht. Zuerst kommen sogenannte Pioniere, Subkulturen etwa, Künstlerinnen oder Studenten. Nach und nach bestimmen sie das Straßenbild und schaffen die Infrastruktur, die dann die Baumaafia und Besserverdienende anlockt und irgendwann die Pioniere zusammen mit der Urbevölkerung vertreibt. So in etwa, stark verkürzt, läuft normalerweise das ab, was man Gentrifizierung nennt.

Dass die im Schillerkiez längst begonnen hat, kann man aus der TOPOS-Studie durchaus auch herauslesen, wenn man will. Von den nach 2007 neu in diese Ecke der Stadt Gezogenen zählt selbst TOPOS knapp die Hälfte zu den Pionieren – jungen, gut ausgebildeten Leuten mit akademischen oder künstlerischen Berufen, aber geringem Einkommen. Das Viertel befindet sich damit wohl mitten in der Pionierphase der Gentrifizierung. Aber Herr Gude hat

natürlich Recht, wenn er sagt, es sei keinesfalls ausgemacht, dass irgendwann oder gar in Kürze die nächste Runde eingeläutet wird und hier ein Stadtteil für betuchte Schnösel wie am Kollwitzplatz entsteht. Durch die Wirtschaftskrise könnte es genauso gut Mittellose aus Spanien oder Griechenland in größeren Mengen hierher verschlagen. Einige sind wahrscheinlich längst hier.

Wer bei schönem Wetter durch die Straßen um die Schillerpromenade schlendert, sieht natürlich, wie sich die neuen Cafés wie das *Engels* in der Herrfurthstraße oder die *Pappelpreihe* in der Kienitzer Straße mit jungen Leuten füllen, die man hier vorher nicht sah und die komische Getränke trinken. Aber die anderen sind auch noch da. Im *Bierbaum 3* an der Schillerpromenade bekommt man seinen Schnaps immer noch für 80 Cent und vor den Spätkäufen dienen die Stromkästen als Behelfstresen. Der Kiez gehört weiterhin zu den ärmsten der Stadt und selbst Neuköllns.

Auch die Neuankömmlinge haben laut TOPOS im Schnitt nur unwesentlich mehr Geld. Die meisten sind unter 30, noch in der Ausbildung und wollen natürlich was erleben. Deshalb machen hier in letzter Zeit immer mehr Bars auf, die sich erst nachts füllen, wie das *Bruchberg* in der Okerstraße oder das *Holz-Kohle* in der Leinestraße. Selbst einige der Eckkneipen wie etwa das *Bechereck* in der Schillerpromenade oder das gegenüberliegende *Schiller's* erhalten frischen Schwung durch die neue Kundschaft. Hier mischt sich das Publikum sogar.

Inzwischen gibt es sogar Menschen, die extra mit der U-Bahn anreisen, um zum Beispiel im *Frollein Langner*, einem Café in der Weisestraße, wie man sie sonst eher am Prenzlauer Berg findet, zu kickern oder sich dort vor dem Laptop zu langweilen. Noch vor fünf Jahren wäre es selbst unter Androhung schwerer körperlicher Gewalt undenkbar gewesen, jemanden in den Schillerkiez zu locken, um hier auszugehen. Der Ruf des Viertels verändert sich schneller als die soziale Wirklichkeit. Für Gentrifizierungsprozesse ist so etwas wichtig. (► „Mythos sozial Mischung“, Seite 21)



Deutlich verändert hat sich bereits die Miethöhe. Laut TOPOS zahlen diejenigen, die seit 2010 ihre Wohnung bezogen haben, durchschnittlich 24 Prozent mehr, als die, die das vorher taten. Und über ein Drittel wohnt erst seit gerade mal zwei Jahren in seiner Wohnung, während sogar weit über die Hälfte seit höchstens fünf Jahren dort lebt. Ein Bevölkerungsaustausch findet also sehr wohl statt. Ob jene, die in letzter Zeit das Viertel verlassen haben, das aus freien Stücken taten oder zwangsweise, hat TOPOS nicht untersucht. Angesichts einer Arbeitslosigkeit von 26 Prozent muss man aber wohl leider davon ausgehen, dass viele unfreiwillig ausgezogen sind, weil ihre Miete über dem „Regelsatz“ lag, den das Jobcenter zahlt. Wenn das Amt nicht bald mehr Geld für die Miete rausrückt, trifft das demnächst richtig viele. Nach Angaben des Neuköllner Jobcenters hat es bereits jetzt ein knappes Drittel seiner Kundschaft aufgefordert, die Wohnkosten zu senken, also entweder umzuziehen oder enger zusammenzurücken. Wer mag, kann die Differenz zwischen „Regelsatz“ und tatsächlicher Miete auch selbst begleichen. Da ist doch geradezu unvernünftig, wer nicht unerlaubterweise zusätzliche Gelder auftreibt, sei es durch Schwarzarbeit oder durch Überfälle auf Touristen, die glauben, hier unbehelligt ausgehen zu können. ■

Der neue Wirt vom Promenadeneck als Vertreter des Sozial-Darwinismus / Neues Deutschland 10. 10. 2011:

.....

„Ich bin nicht Starbucks, Mann!“ sagt Robert mit Nachdruck und lehnt sich vor. Er sitzt auf einem Stuhl vor seiner Bar, in grauem Kapuzenpullover und Bluejeans. Sein Zeigefinger deutet auf das Graffiti, das an der Außenwand seines Ladens prangt. Von seinen Kritikern, die er am Rand des linken Spektrums vermutet, habe sich keiner die Mühe gemacht, das Gespräch mit ihm zu suchen. »Kleingeister« seien die, die es nicht verstanden mit der neuen Situation umzugehen. »So schlimm es ist, dass Hartz-IV-Bezieher hier keine Wohnungen mehr bekommen«, sagt Robert, »ich hab damit nichts zu tun.« Er versteht sich als Linker. Er ist gegen Leerstand-Spekulationen mit Häusern, um die Mieten hoch zu treiben. Hinter der Verdrängung der sozial Schwachen ständen komplizierte gesellschaftliche Prozesse, bei denen selbst die Globalisierung eine Rolle spiele. Er hebt eine Hand, um seinen Worten zusätzliches Gewicht zu verschaffen. Der Wandel des Schillerkieses lasse sich nicht verhindern. »Das ist Evolution. Wer sich nicht anpasst, stirbt aus, Mann«, sagt Robert und begrüßt dann zwei Gäste, die vor seinem Tisch stehen geblieben sind.

.....

Der Geschäftsführer der Tempelhof Projekt GmbH Georg Steindorf äußert sich in einem Artikel der Zeitschrift Bauwelt vom 23. 09. 2011 zu den Entwicklungen im Schillerkiez:

.....

„Für den Schillerkiez könnte das heißen: Anstatt in den Bestand zu investieren, etwa im Rahmen eines neuen Sanierungsgebiets, überlässt man ihn dem Markt und konzentriert sich auf den Neubau. Georg Steindorf, Geschäftsführer der Tempelhof Projekt GmbH, sieht darin kein Problem: „Ich glaube, der Markt alleine wird es regulieren, denn dann haben sie vorne Mieten von 14 Euro und mehr, und die kriegen sie auch. Das ist auch eine Art von Reglement.“ Auch eine Neuauflage des sozialen Wohnungsbaus ist kein Thema: „Das Modell haben wir gerade hinter uns gelassen, und Berlin schleppt eine riesige Schuldenfahne hinter sich her. Klar ist, dass es aufgrund der Haushaltslage keine Politik der großen Förderprogramme mehr geben wird.“ Die Verdrängung der Mieter? Wohnraum, so Steindorf weiter, gebe es zur Genüge in anderen Vierteln, nur fehle die Bereitschaft, den Kiez zu verlassen.

Man muss sich hier die Augen reiben: Die „soziale Stadt“, die „soziale Mischung“ im Kiez, in der Innenstadt – alles Schlagworte von gestern? Die Haltung der Tempelhof Projekt GmbH könnte man momentan so zusammenfassen: Wer sich keine Wohnung im Schillerkiez mehr leisten kann, muss umziehen.“

.....

Die verdammte Miete ist zu hoch!

Eine Stadtteilmfrage von unten rund um die Neuköllner Hermannstraße Kiezinitiative Antigen

Die Schließung des Flughafens Tempelhof hat die Kieze innerhalb des S-Bahnringes rund um die Hermannstraße, die noch vor Jahren ausschließlich als „Problemviertel“ galten, deutlich verändert. Vom westlichen Schillerkiez wirkt der Aufwertungsdruck aufgrund der nun verbesserten Wohnlage auch in die benachbarten Stadtteile hinein; aus dem Osten schwappt zudem die „Kreuzköllner“ Trendiness mit entsprechenden Mietsteigerungen. Um die Auswirkungen der Veränderung aus der Sicht derer, die die gestiegenen Mieten zahlen müssen, deutlich zu machen und die von vielen gefühlte Entwicklung in Zahlen abzubilden, haben wir, die Stadtteilgruppe Antigen, im vergangenen Jahr eine Kiezumfrage durchgeführt.

Umfrage und Vernetzung

Die Bestandsaufnahme zur Wohnsituation sollte uns eine Grundlage geben, als Nachbarschaft gemeinsam auf die Veränderungen zu reagieren. Als Stadtteilgruppe wollten wir dazu mit Anwohner/innen und Gewerbetreibenden in Kontakt kommen. Dafür haben wir an zentrale Orte im Kiez – hauptsächlich Kiosks und Kneipen bzw. Bars – „Briefkästen“ aufgestellt. An diesen gelb-blauen „Stationen“ konnten Interessierte Fragebögen mitnehmen oder anonymisiert ausfüllen und einwerfen.

Beim Wiederauffüllen der Briefkästen mit Fragebögen und Einsammeln der ausgefüllten Exemplare hat uns unser Lieblingsspätkaufinhaber Ahmed* nicht nur einmal Informationen zugesteckt, welches Haus zu wie viel Euro an wen verkauft wurde und wo die Miete besonders stark gestiegen ist. Bei den Unterhaltungen auch mit anderen Gewerbetreibenden, die unsere Briefkästen aufgestellt haben, kamen oftmals Dritte hinzu und haben von ihren Erfahrungen mit steigenden Mieten, dem Druck vom Jobcenter, die Miete zu senken oder der Unmöglichkeit, eine bezahlbare Wohnung zu finden, berichtet. Durch das Briefkastensystem haben wir von aktuellen Problemen im Kiez erfahren, uns mit anderen vernetzt und die Kiezinitiative als Ansprechpartnerin bekannt gemacht. Die Erfahrung, dass sich abgesehen von Freunden und Familie andere Menschen für die Probleme mit der Mietsituation interessieren und die Erkenntnis, mit ihren Schwierigkeiten nicht alleine zu sein, hat Leute motiviert, sich zu wehren und zum ersten Mal zu einer Mieter/innenberatung zu gehen.

* Name geändert

Die Mieten steigen...

Bei der Auswertung der Umfrageergebnisse hat sich gezeigt, dass große Teile der Bewohner/innen rund um die Hermannstraße sowohl von Miet- als auch von Betriebskostenerhöhungen betroffen sind. 64% der insgesamt 85 Umfrage-Teilnehmer/innen gaben an, innerhalb der letzten drei Jahre eine Miet- und/oder Betriebskostenerhöhung erhalten zu haben. Die Erhöhungen belaufen sich dabei auf durchschnittlich 53 Euro im Monat. Außerdem gaben 28% der Teilnehmer/innen einen Eigentümer/innenwechsel im selben Zeitraum an. Von diesen 28% erhielten wiederum 71% eine Miet- und/oder Betriebskostenerhöhung. Hier wird deutlich: Eigentumswechsel haben sehr häufig Miet- und/oder Betriebskostenerhöhungen zur Folge.

Der Protest wächst!

Verdrängung durch erhöhte Betriebskosten, Modernisierungen und Mieterhöhungen durch das Angleichen an den Mietspiegel war auch Thema bei der Präsentation der Fragebogenergebnisse, Ende letzten Jahres. Unter den ca. 50 Anwesenden waren etliche Mieter/innen, die zu diesem Zeitpunkt von Mieterhöhungen bedroht waren. Es blieb nicht beim Austausch über die jeweiligen Probleme mit den Vermieter/innen. So berichteten beispielsweise mehrere Bewohner/innen eines Häuserkomplexes in der Emserstraße über ihre nachbarschaftliche Organisation gegen die geplanten Modernisierungsarbeiten in ihren Wohnungen. Die Veranstaltung endete mit dem Sammeln von Möglichkeiten sich gemeinsam zu wehren. Das Gestalten von Protesttransparenten, die an den Häusern und im Straßenbild sichtbar werden sollen, wurde schon umgesetzt. Andere Vorschläge, wie Lärm- und Protestumzüge oder ein Austausch inklusive Kaffeetrinken auf der Schillerpromenade warten noch auf die ersten Frühlingstage. Nicht zuletzt sind durch die Durchführung der Umfrage und die Veranstaltung neue Austausch-, Unterstützungs- und Protestnetzwerke entstanden. So wurde Antigen von einer Mieterin um Unterstützung bei einem Gespräch mit der Hausverwaltung gebeten.

Die Erfahrungen bei unserer Umfrage haben bestätigt, dass es viel Ärger und Wut im Kiez gibt. Wir machen also weiter und versprechen einen bewegten Neuköllner Frühling.

Kurz & Knackig

Der nackte Wahnsinn vor der Haustür

Weisestraße 47

Hauseigentümer_innen können mit ihrem Eigentum machen, was sie wollen, das Bezirksamt Neukölln interessiert spekulativer Leerstand nicht. Das ist das Resultat einer Anwohneranfrage beim Bezirk Neukölln, die wir zur Dokumentation erhielten:

Anfrage eines Anwohners in der Einwohnerfragestunde der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neukölln am 7.12. 2011:

1)

Das Haus in der Weisestraße 47 wird seit den 90er Jahren entmietet. Seit mehreren Jahren sind nur noch zwei Wohnungen bewohnt. Die leerstehenden bewohnbaren Wohnungen niedrigen Standards (Ofenheizung, Toilette im Treppenhaus) werden vom Besitzer Henning Conle nicht vermietet und das Haus steht auch nicht zum Verkauf. Gleichzeitig werden dringend bezahlbare Wohnungen für HartzIV-Bezieher gebraucht.

Sind dem Bezirk diese Zustände bekannt und was gedenkt er gegen diesen spekulativen Leerstand zu unternehmen?

2)

Ist dem Bezirk bekannt, ob Herr Conle und seine Immobilienverwaltungen weitere Häuser in Neukölln besitzen und dort ähnliche Zustände herrschen?

Antwort von Baustadtrat Blesing / BVV vom 7.12.2011:

zu 1)

Das von Ihnen benannte Wohngebäude ist der Bau und Wohnungsaufsicht Neukölln nicht als problembehaftet bekannt. Es gab keinerlei bau- oder wohnungsaufsichtsrechtliche Verfahren oder Missstände.

Die Vermietung, Sanierung oder der Verkauf von Wohnhäusern obliegt dem Eigentümer allein. Die Verwaltung kann diesen daher nicht zwingen, Wohnungen zu vermieten oder gar einem neuen Eigentümer zuzuführen. Insoweit kann ich Ihnen bei Ihrem Anliegen nicht behilflich sein.

...

STELL DIR VOR ...

dein Haus wird verkauft.

Der Investor schickt seine Hausverwaltung, um Gespräche zu führen. Du hast mächtig Angst, wie lange du jetzt hier noch wohnen kannst. Dann kommst Du auf die Idee, einen Zettel im Hausflur aufzuhängen und schreibst:

Wer seinen neuen Hausverwalter auch nicht allein empfangen möchte – wir treffen uns Freitag vor der Haustür!

Und dann die ÜBERRASCHUNG: Jetzt kennen sich alle Mieter, jeder weiß etwas oder weiß, wo man hingehen kann. Die Hausverwaltung hat es nicht geschafft, euch rauszuschmeißen. Ihr kennt eure Rechte ...

Und du bist nicht allein!

zu 2)

Dem Bezirk ist nicht bekannt, ob sich im Eigentum der benannten Immobilienverwaltung weitere Gebäude befinden. Eine Weitergabe von diesbezüglichen Daten wäre darüber hinaus auch nicht statthaft.

Mit freundlichen Grüßen
Blesing

Neukölln boomt und HartzIV-Bezieher_innen gehen

Im Januar 2012 hat das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) neue Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung in Berlin bekanntgegeben. Die Bevölkerungszahl ist berlinweit 2011 um ca. 30 000 gestiegen und alleine für Neukölln wird zwischen Januar und September 2011 eine Zunahme von 3 900 Personen gezählt. Damit liegt Neukölln nach dem Bezirk Mitte an zweiter Stelle.

Die Zahlen entstammen einer Pressemitteilung des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) vom 20. Januar 2012 mit der Überschrift „Berlin-Boom treibt Wohnungsnachfrage“. Dort redet der BBU von einem „positiven Trend Neukölln“:

Neben dem allgemeinen Trend der Bevölkerungszunahme sei vor allem auch der starke Zuzug nach Neukölln bemerkenswert.“ Manuela Kern: »Neukölln entwickelt sich ausgesprochen positiv.« Eine Untersuchung für den BBU-Marktmonitor 2011 hatte ergeben, dass die Haushaltseinkommen in Neukölln zwischen 2006 und 2010 um rund zehn Prozent gestiegen waren. Gleichzeitig ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften hier in weiten Teilen des Bezirks stärker gefallen als im Gesamtberliner Durchschnitt.“

STELL DIR VOR ...

in deinem Haus stehen 4 Wohnungen leer.

Dein neuer Hauseigentümer hat große Pläne – natürlich nicht für dich. Wenn du früh die Treppe hinunter gehst, ist eine Wohnungstür nur angelehnt. Deine Nachbarin meint, da schläft nachts jemand und möchte nicht, dass man die Tür ins Schloss fallen hört. Du warst mal rein gegangen, man könnte tatsächlich sofort einziehen.

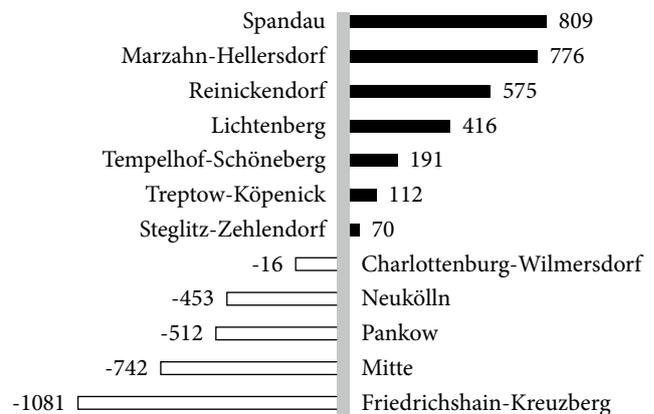
Heute hast du in der Früh eine Tasse Kaffee vor die Wohnungstür gestellt.

**... auch du weißt nicht,
wie es dir selber noch mal gehen wird.**

Das Ansteigen der Haushaltseinkommen hat allerdings weniger mit dem Ansteigen von Löhnen hier im Bezirk zu tun, sondern eher damit, dass die neuen Neuköllner_innen eher Gutverdiener_innen sind und die Geringverdiener_innen und HartzIV-Bezieher_innen wegziehen. Die Abnahme der HartzIV-Empfänger_innen ist ein Beleg für deren zunehmende Verdrängung, besonders aus Nord-Neukölln. Darüber informiert ein Artikel des Berliner Mietervereins vom Oktober 2011 mit dem Titel „Hartz-IV-Umzugstatistik – Treck der Arbeitslosen an den Stadtrand“.

Zu- und Abwanderung von ALG-II-Beziehern

Februar 2011 im Vergleich zum Vorjahresmonat



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik Service Ost

Dieser Trend dürfte sich seitdem noch weiter verschärfen haben.

Mit einer Anfrage beim Sozialstadtrat von Neukölln wurde versucht an aktuelle Zahlen aus Neukölln zu kommen. Diese Informationen gibt es nur beim Jobcenter Neukölln und leider ist es dem Stadtrat trotz Nachfrage nicht gelungen, diese zu erhalten. Die Chefetage im JobCenter wird schon wissen, warum sie diese nicht herausgeben will. Bei einer Sitzung des Sozialausschusses der BVV Neukölln im Februar 2012 glänzte der JobCenter-Chef auch nicht mit großem Wissen bei Nachfragen. Immerhin war zu hören, dass 11 000 Neuköllner „Fälle“ über dem Mietrichtwert liegen und so von Zwangsumzügen bedroht sind. ■

Rassismus und der Wohnungsmarkt

Von Rassismus auf dem Wohnungsmarkt wissen sowohl wissenschaftliche Studien als auch unzählige Betroffene viel zu berichten. Die Diskriminierung von nicht-deutschen Staatsbürger_innen oder aufgrund des Namens und Aussehens als migrantisch wahrgenommenen Menschen zeigt

sich nicht nur darin, dass sie schlechtere Chancen bei der Wohnungssuche haben. So wurden in der Fanny-Hense-Siedlung wohnenden Migrant_innen die Mieten drastischer erhöht als deren deutschen Nachbar_innen. Auch die Abfindungsangebote, die Mieter_innen in dem Eckhaus Allerstr. 18 / Lichtenraderstr. 39 bekamen, variierten der Höhe und fielen geringer aus, wenn die entsprechenden Personen keine deutschen Staatsbürger_innen waren.

Besonders offensiv hat sich auch die in Neukölln-Rixdorf ansässige *Privata Hausverwaltung* mit rassistischer Diskriminierung hervorgetan. Auf www.immobilienscout24.de bietet sie eine 3-Zimmer Wohnung am Richardplatz an.

Unter der Rubrik „Sonstiges“ kann folgendes gelesen werden:
*Ideale, ruhige Mitmieter.
 Anspruchsvolle und hilfsbereite Mitbewohner.
 Der Hauswart spricht deutlich.
 Eisbein mit Sauerkraut macht Döner noch schöner.*

Wem diese Zeilen schon komisch vorkommen, wird nicht überrascht sein, dass am 15.02.2012 noch folgendes an der selben Stelle zu lesen war:
*Ideale, ruhige Mitmieter.
 Anspruchsvolle und hilfsbereite Mitbewohner.
 Deutscher Hauswart.
 Eisbein mit Sauerkraut statt Döner.*

Ende einer Schuldnerberatung

25 Jahre war die Schuldnerberatungsstelle „Neue Armut“ in Neukölln aktiv. Trotz langjähriger Erfahrungen konnte sie sich in einem Interessenbekundungsverfahren nicht durchsetzen. War das eine politische Entscheidung? Den Zuschlag erhielt nämlich die AWO, die bekanntlich der SPD nahe steht. In einer Antwort zur Bürgerfragestunde der BVV heißt es lapidar: „*Da es sich um ein internes Verfahren der Verwaltung handelt, können zum Schutz der Beteiligten keine Auskünfte an Dritte erteilt werden. Selbstverständlich wurde allen Bewerbern ein Feedback gegeben.*“

SchuldnerInnen können Hilfe bei der AWO Südost in der Mahlower Straße 23, 12049 Berlin in Anspruch nehmen. Es wurden MitarbeiterInnen der „Neuen Armut“ übernommen. (Tel.: 31 98 72 00) Für Jugendliche gibt es jeden Dienstag von 15:00 bis 18:00 eine Beratung bei NNB, Glasower Straße 18, 12051 Berlin. Auch im Jobcenter Neukölln gebe es eine „offene“ Beratung... —

Sämtliche berliner Schuldnerberatungsstellen:
<http://www.berlin.de/sen/soziales/zielgruppen/schuldner/beratungsstellen.html>

Das Problem des Polizeidirektors

In der Ausgabe vom 03.03.2012 des Wochenblattes „Berliner Abendblatt“ wird darüber informiert, dass der Abschnitt 55 in der Rollbergstraße (zuständig auch für den Schillerkiez) seit Mitte letzten Jahres den Polizeidirektor Lars Neumann als neuen Leiter hat. Laut Artikel hat er schon viele Erfahrungen gesammelt. So war er nicht nur als Leiter der Bereitschaftspolizei bei den Anti-Atom-Protesten in Gorleben im Einsatz, sondern auch bei 1. Mai Demos und der Räumung der Liebigstrasse 14 führend beteiligt. Jetzt legt er Wert auf Vernetzung und Kooperation mit Schulen, Projekten und dem Quartiersmanagement. Bei seinen Qualifikationen scheint es dann auch wenig verwunderlich, was er im Artikel als Problem benennt:

„Probleme bereitet im Neuköllner Norden aber die linke Szene, die aufgrund der Gentrifizierungsproblematik immer aktiver wird“

Also nicht die steigenden Mieten, die zunehmende Armut und Verdrängung von Geringverdienern und Erwerbslosen sind das Problem, sondern diejenigen, die darauf aufmerksam machen und sich in unterschiedlichster Weise zur Wehr setzen. —



STELL DIR VOR ...

**nicht nur Wohnungen,
 nein ganze Häuser stehen leer.**

obwohl immer mehr Menschen ihre Miete nicht mehr zahlen können und wohnungslos sind.

... da fällt dir aber was ein ...

Eine Farce jagt die nächste

**... und sowas wird staatlich finanziert.
Dem Quartiersmanagement Schillerpromenade ist anscheinend gar nichts mehr peinlich.**

Wir sind die Führung! ...auch 2012

Das Quartiersmanagement (QM) Schillerpromenade hat ein neues Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept (IHEK) für das laufende Jahr vorgelegt. Neben einem Rückblick auf die „tolle Arbeit“, die das QM 2011 geleistet hat, werden die Perspektiven für 2012 dargelegt. Die lassen sich schnell zusammenfassen: Es geht um noch mehr Kontrolle, denn das QM ist die Führung im Kiez.

Auszug aus Seite 39:

Das Gebiet Schillerpromenade ist immer noch ein Gebiet mit dem Erfordernis einer starken Intervention. Umso wichtiger ist es jetzt, alle Kräfte zu bündeln und gemeinsam an der Lösung der Probleme zu arbeiten.

1. *Dazu braucht es die strategische und steuernde Rolle des QM.*
2. *Als übergeordnete und koordinierende Einrichtung im Kiez kann und soll das QM die Gebietsentwicklung bestimmen und voranbringen.*
3. *Beim QM laufen alle Informationen über den Kiez zusammen, QM steht ständig und unmittelbar im Kontakt mit den Anund Akteuren.*
4. *QM hat die Übersicht über die meisten Projekte und Träger im Stadtteil*
5. *und QM ist verantwortlich für die Gebietsstrategie.*

Der störrische Quartiersrat

Das Quartiersmanagement ist mit seinem im April 2010 gewählten Quartiersrat (QR) nicht glücklich geworden. Er war nicht der Abnickverein, den sie gerne gehabt hätten. Er protestierte gegen die Machenschaften um die Kündigung des Vereins *Integra e. V.* und verwahrte sich gegen den Status der „Unmündigkeit“, den das QM ihnen zuschrieb und die Des-Informationspolitik der Quartiersmanager. Einige verliessen resigniert den QR, sodass dieser nur einmal bei seinen Sitzungen überhaupt abstimmberechtigt war (²/₃ müssen anwesend sein).

So wurden dann vorzeitig für Februar 2012 Neuwahlen angesetzt und neue Regeln eingeführt, ohne jede Information und Diskussion mit dem noch existierenden QR. Statt 20 Anwohnernvertretern sollen nur noch 15 gewählt werden, dazu kommt eine Quotenregelung: mindestens sieben Migranten und mindestens fünf Bewohner aus dem Bereich südlich der Friedhöfe. Statt einer großen Wahlveranstaltung, wo sich alle Kandidaten vorstellen können, wurden zwei Informationsveranstaltungen angesetzt. Diese Veranstaltungen sollen angeblich mit 8000 Einladungsschreiben in die Haushalte des Kiezes beworben worden sein (es gibt nur wenige, die diese gesehen haben) und einigen Plakaten in Geschäften. Der Andrang war groß:

Bei der Veranstaltung für den Südbereich am 8. Februar waren vier Anwohner da (alle aus dem Norden) und fünf Quartiersräte. Bei der Veranstaltung in der Genezareth-Kirche am 10. Februar verloren sich sieben Anwohner und sieben Quartiersrats-Mitglieder in dem großen Raum. Tapfer wurde jeweils das Programm zur Information über die Arbeit der Quartiersräte abgospult. Die QR-Mitglieder nutzten die Möglichkeit ihre Kritik und ihren Frust an der Arbeit des QM endlich mal loswerden zu können. Das prallte aber alles an dem machtbewussten QM-Büro ab, die sich immer schön auf formale und gesetzliche Vorgaben zurückziehen können. Der Quartiersrat ist lediglich dazu da, über kleine Projekte zu diskutieren und zu entscheiden, und das wars denn mit der Bürgerbeteiligung. Das große Ganze bestimmt die Führung im Quartiersmanagement im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung.

Die Wahlen zum alten ...ähhh neuen Quartiersrat

Nun ist die Wahl zum neuen Quartiersrat gelaufen und es haben sich etwa 150 Menschen daran beteiligt. Die Migrantenquote ist gescheitert, es gab nur vier Bewerber, die auch ohne Stimmen in den QR gekommen wären. Die meisten Stimmen bekamen die „Querulanten“ des alten QR. Frau Schmiedeknecht wird sich sehr darüber gefreut haben, zumal „Sympathisanten“ des QM herumerzählen,

dass der Quartiersrat von der *Lunte* (Stadtteil- und Infoladen im Schillerkiez) unterwandert sei.

Eine interessante Änderung gab es bei den Akteuren (Vertreter von Vereinen, Institutionen), die vom QM bzw. Bezirk bestimmt werden. Der eher kritische Verein *Pro Schillerkiez*, wurde rausgekantet und dafür die Wohnungsbau-Gesellschaft *Stadt und Land* als Akteur für das Wohnumfeld berufen.



DIE WAHLKURVE

Dringend gesucht: PR-Spezialisten

Die Propaganda für das QM funktioniert auch nicht wie gewünscht. Die Zeitung *Promenadenpost* verschleißt Mitarbeiter, die nicht spüren wie sie sollen. Kritische Artikel sind unerwünscht, die ehrenamtliche Mitarbeit führt nur zu Frust. Die Website wird auch nicht oft aktualisiert. Deshalb wurde im Oktober letzten Jahres eine Ausschreibung für einen neuen „Medienstandort Schillerpromenade“ veröffentlicht, um die Aktivitäten um die Zeitung und die Website zu bündeln.

In der letzten *Promenadenpost* vom Dezember 2012, die das QM selbst erstellen musste, stellte sich das neue Team für die Medienarbeit vor.

Doch Mitte Januar 2012 fand sich wieder eine neue Ausschreibung auf den Seiten des Berliner Quartiersmanagement:

„Das Quartiersmanagement Schillerpromenade sucht für den Zeitraum Februar 2012 bis Dezember 2013 ein Team mit professionellen journalistischen, sowie guten IT-Kenntnissen, das in enger Kooperation mit der aufzubauenden Kiezredaktion und dem Quartiersmanagement regelmäßig die Kiezzeitung herausgibt, sowie das Kiezportal betreut und mit neuen Informationen aus und um die Schillerpromenade versorgt. Erwartet wird die Präsentation des QM Verfahrens als Medienstandort, die Vorort-Präsenz im Kiez, sowie das Vertreten der Öffentlichkeitsarbeit des QM Schillerpromenade.“

Was ist geschehen?

Das im Dezember vorgestellte Team ist schon in Moabit und Wedding für Quartierszeitungen tätig und schreibt dort informative und auch kritische Artikel zu Themen wie Gentrifizierung, steigenden Mieten und Verdrängung. Wer diese Texte liest und das hiesige QM kennt, konnte sich nicht so recht vorstellen, dass diese Zusammenarbeit lange gut geht. Anscheinend hat die neue Redaktion schon vorher rechtzeitig die Reißleine gezogen und sich als Projektträger verabschiedet.

Die neue Ausschreibung war ursprünglich bis 6. Februar befristet und ist nun wieder bis 24. Februar verlängert worden. Die Tätigkeit als Propagandainstrument für dieses QM-Büro scheint nicht so attraktiv zu sein. Es gibt weniger Geld und es sollen sechs Zeitungsnummern, statt bisher vier erscheinen.

Nun gibt es doch eine neue Trägerin für den *Medienstandort Schillerpromenade*. Verantwortlich ist die Soziologin Agnes Ludwig. Erst hat sie sich über die Quotenregelung für den Warthekiez in den neuen Quartiersrat als Anwohnervertreterin wählen lassen und sich dann als neue Propagandachefin fürs QM geoutet. Der Quartiersrat soll Interessen der Anwohner vertreten und über Projekte entscheiden. Was hat eine, vom QM bezahlte und abhängige Frau da zu suchen? —





Spree Invest: Mieter raus, Eigentümer rein!

Das Eckhaus Allerstraße 18 / Lichtenrader Straße 39 ist seit Mitte letzten Jahres im Besitz der *Spree Invest Eins GmbH & Co. KG* mit Sitz in Wien. Schon in den letzten Jahren wurden leerwerdende Wohnungen im Haus nicht mehr vermietet, sodass jetzt 10 Wohnungen leer stehen. Mit Übernahme durch die *Spree Invest* begannen Besichtigungen und Wohnungsvermessungen, das sind vorbereitende Arbeiten für die Umwandlungen in Eigentumswohnungen. Dies ist das Ziel der Investoren, „der systematische Aufbau eines nachhaltigen und wertsteigerungsorientierten Immobilienportfolio“, so die Firmenphilosophie auf ihrer Website. Dort steht denn auch unter der Rubrik Anlagemodelle:

„Wir teilen laufend Häuser auf und verkaufen einzelne Wohnungen im Wohnungseigentum.“

Dazu bedienen sie sich der Hilfe der *ZIEGERT – Bank- und Immobilienconsulting GMBH*, deren Spezialität genau der Verkauf von Eigentumswohnungen und das vorhergehende Verdrängen der Mieter ist. Dazu werden die einzelnen Mieter auch zu sog. „Informationsgesprächen“ eingeladen, bei denen wohl erkundet werden soll, mit welchen Stra-

tegien die jeweiligen Mieter am besten bearbeitet werden können.

Anfang Januar bekommen ausgesuchte Mieter ein Angebot über 6000€ bzw. 7000€, wenn sie bald ausziehen. Scheinbar bestimmt die Nationalität die Höhe der Abfindung, einem „deutschen“ Mieter werden 7000€ angeboten, einem „polnischen“ Mieter nur 6000€. Den Mietern teilgewerblicher Räume ist einfach gekündigt worden – ohne weitere Angebote.

Die Mieter im Haus treffen sich, es gab Hausversammlungen mit und ohne Anwalt. Sie werden unter Druck gesetzt, einige nehmen die Angebote von Abfindungen gegen Auszug an. Andere Mieter wehren sich weiter. Eine Flugblattaktion eines engagierten Mieters stieß auf große Resonanz, es gibt einen Internetblog: www.allerlicht1839.blogspot.de.

Derzeit betätigt sich *ZIEGERT-Immobilien* auch im Graefekiez, worüber im „Mieterecho“ schon im September 2011 berichtet wurde („Taekker und Ziegert im Graefekiez“). –

WARN-SIGNALE !!!

Liebe Nachbarn,

Sie erhalten diese Informationen aufgrund Ihrer Bitte, in den E-Mail- Verteiler aufgenommen zu werden. Zunächst einmal, vielen Dank für Ihr Interesse, das ich offensichtlich mit meiner „kleinen“ Flugblattaktion bei Ihnen wecken konnte. Ich war doch einigermaßen erstaunt über so viele positive Reaktionen. Mit dem ein oder anderen von Ihnen habe ich schon telefoniert oder wir hatten direkten E-Mail-Kontakt.

Dies ist mein erster Versuch, Ihnen einmal ein paar Informationen über aktuelle Entwicklungen im Schiller-Kiez zu geben und auch von meinen persönlichen Erfahrungen zu berichten.

Ich habe die Überschrift „Warn- Signale“ vor dem Hintergrund gewählt, dass ich selbst, diese nicht erkannt und mich dann völlig unerwartet in einer mehr als unangenehmen Situation befunden habe.

Und so fing alles an

Als ich 1993 eingezogen bin, habe ich mit einer netten älteren Dame, der Eigentümerin des Mietshauses, den Mietvertrag abgeschlossen. Damals war der Wohnungsmarkt mehr als „angespannt“ und ich war froh, überhaupt etwas gefunden zu haben. Die Wohnung war in einem fürchterlichen Zustand, aber egal, dachte ich mir, man kann ja was daraus machen und außerdem war sie auch bezahlbar. Die nette Eigentümerin war sogar bereit, einen Teil der Kosten für dringende Instandhaltungen teilweise zu übernehmen.

In den folgenden Jahren lief alles gut, ich hatte einen Staffelmietvertrag für 5 Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit verlängerte sich der Vertrag, die Miete war aber immer noch recht günstig.

Der Sohn erbt das Mietshaus

Zwischenzeitlich hatte ich die erste Grundsanierung und Instandsetzung der Wohnung durchgeführt (neue Elektroleitungen, Malerarbeiten, Teppichböden, Einbauküche). Mit dem neuen Eigentümer war der Umgangston schon nicht mehr ganz so nett aber immerhin war er ein Mensch mit dem man persönlich reden und sich einigen konnte. Der Mietvertrag wurde zu den vereinbarten Konditionen fortgesetzt, es erfolgten keine Mieterhöhungen.

Verkauf an die SpreeInvest GmbH

„Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit zeigen wir Ihnen einen Eigentümerwechsel an... Ihr Ansprechpartner in allen Fragen rund um den Mietvertrag wird zukünftig die Hausverwaltung XY sein.“

So, oder so ähnlich, lautete das Schreiben. Hier hätten bei mir schon alle Alarmglocken läuten müssen. Aber in meiner Naivität dachte ich „na ist mir doch egal an wen ich die Miete über-weise - es ändert sich ja nichts“; weit gefehlt ! Alles sollte sich ändern.

Ich nahm dieses „Warn-Signal“ aber nicht wahr. Vielmehr begann ich damit, meine Wohnung so richtig schön und aufwendig zu sanieren. Die Überlegung war: „Jetzt habe ich noch einigermaßen Kraft und ein wenig Geld ist auch da. Mach' mal alles super toll, die nächsten 20 Jahre werde ich wohl noch hier wohnen, wozu umziehen?“

Es wird Aufmaß genommen

Irgendwann kam dann ein lapidares Standardschreiben der Hausverwaltung. „Sehr geehrter Mieter, wir haben die Firma XY mit dem Neuaufmaß Ihrer Wohnung beauftragt... bitte gestatten Sie den Zutritt zu Ihrer Wohnung.“ Auch hierbei habe ich mit nichts weiter gedacht. Ich war der irrigen Auffassung, die neue HV nehme wohl ihre Aufgaben sehr ernst und wollte - einfach mal so - die im Mietvertrag genannte Wohnfläche überprüfen. Dabei habe ich das wichtigste „Warn-Signal“ überhaupt völlig übersehen. Nun ja, unter uns Nachbarn wurde bei einem kleinen Plausch auf dem Flur schon mal darüber spekuliert, was die neuen Eigentümer wohl so vor hätten, dass eine Mieterhöhung anstehe, ja sogar dass in Eigentumswohnungen umgewandelt werden soll. Aber das waren ja halt alles nur Spekulationen - dachte ich jedenfalls. Wie verdammt richtig diese waren, erfuhr ich dann sehr bald.

Die Miete wird erhöht

Es erfolgte dann eine 30 %ige Mieterhöhung und damit Anpassung an den neuen Mietspiegel. Wow - ich hätte nicht gedacht, dass die Stilllegung des Flughafens, die Mieten so massiv und vor allem so schnell würde steigen lassen. Die Prüfung beim Rechtsanwalt ergab, dass das Erhöhungsverlangen rechtlich voll im Rahmen sei. Nach all den Renovierungen stellte sich für mich jedoch nicht die Frage nach einem evtl. Umzug. Also: 80 € mehr zahlen, war ja immer noch recht günstig.

Bitte um ein persönliches Gespräch

Mit diesem Ansinnen stellte sich dann, so ca. 3 Monate nach der Mieterhöhung, die Firma Ziegert bei mir vor, die mit der „Wahrnehmung der Interessen der Eigentümerin“, beauftragt und mit entsprechender Vollmacht ausgestattet war. In diesem persönlichen Gespräch wurde ich dann höflich und korrekt über das Vorhaben der Spree Invest Eins GmbH (Eigentümerin) wie folgt in Kenntnis gesetzt:

- das Objekt wird in Eigentumswohnungen umgewandelt
- diese sollen hochpreisig am Markt platziert werden
- mit einer Eigenbedarfskündigung nach Ablauf von 3 Jahren ist zu rechnen
- vorher werden Modernisierungen durchgeführt, u.a. wird ein Aufzug gebaut
- mit dem Vertrieb der Wohnungen wird sehr bald begonnen
- alle notwendigen Grundbuchanträge sind bereits gestellt, das Umwandlungsverfahren ist komplett abgeschlossen
- die Mieter erhalten ein Abfindungsangebot, wenn sie innerhalb eines halben Jahres freiwillig ausziehen
- den Mietern wird kein Angebot zum Kauf der eigenen Wohnung gemacht, lediglich die Ausübung des Vorkaufsrechtes (gesetzliche Mindestvorgabe) bleibt als Möglichkeit der Erwerbes

Das war natürlich der Hammer - im wahrsten Sinne des Wortes „vor vollendete Tatsachen“ gestellt zu werden !

Mieterinformationen: Fehlanzeige !

Mieterbeteiligungen: Fehlanzeige !

Angebot Eigenkauf: Fehlanzeige !

Bleiben Sie aufmerksam und vertrauen Sie ruhig Gerüchten. Diese stellen sich in aller Regel als die nackte Wahrheit heraus. Und nehmen Sie die Warnsignale wahr, auch wenn diese in noch so lapidaren und standardisierten Schreiben versteckt sind !



Willkommen in Neukölln! Willkommen zu Hause!

Im Januar 2012 hat die extrem rechte Kleinstpartei Pro Deutschland in Berlin-Neukölln und Treptow Postkarten mit Roma-feindlichem Inhalt verteilt. Der Inhalt der Postkarten reproduziert uralte stereotype Zuweisungen und stellt anwohnende Roma als Ausbeuter des Sozialsystems dar. Sie berufen sich dabei auf eine 2011 ausgestrahlte Spiegel TV Reportage „Von Bukarest in den deutschen Sozialstaat“, die durch ihre einseitige und antiziganistische Berichterstattung die Diskriminierung von Roma vorantreibt.

Tatsächlich sind in den letzten Jahren vermehrt Roma aus Südosteuropa nach Berlin migriert. Es sind Menschen, die unter Gebrauch ihres Rechts auf Freizügigkeit als EU-Bürger_innen in Berlin leben. In ihren Heimatländern sind sie mit Ausgrenzung, Diskriminierung und dem faktischen Ausschluss aus Bildungs-, Versorgungs- und Gesundheitssystemen konfrontiert. In Berlin wollen sie eine gesicherte Existenz aufbauen, auch um ihren Kindern eine bessere Zukunft bieten zu können.

Amaro Foro e.V., ein Roma und nicht-Roma Jugendverband, ging aktiv gegen die Anfeindungen von Pro Deutschland vor. Sie haben zunächst ein Gegenflugblatt entworfen, um die Anwohner_innen zu informieren und haben dies in den entsprechenden Wohngebieten verteilt. Zudem verlangen sie eine selbstkritische Reflexion der Medien über ihre nicht zu unterschätzende Rolle im Zusammenhang

mit Rassismus in Deutschland. Denn welche Gefahren von tendenziöser Berichterstattung ausgehen, dürfte nicht erst mit der positiven Rezeption dieses „SPIEGEL-TV“-Beitrags durch eine rechtspopulistische Partei deutlich geworden sein. In diesem Zusammenhang weist Amaro Foro darauf hin, dass der Spiegel und auch Spiegel TV bereits zu Beginn der 1990er Jahre gegen Roma, die damals aus Rumänien und Ex Jugoslawien nach Deutschland flüchteten, hetzte. Sie führen weiter aus, dass diese Berichterstattung damals eine der Grundlagen für die antiziganistischen und rassistischen Pogrome in Rostock Lichtenhagen 1992 bildete. Es ist ein Skandal, dass eine solche Berichterstattung bis heute immer wieder praktiziert und von großen Teilen der Gesellschaft akzeptiert wird.

Als Teil des Bündnisses gegen Rassismus organisierte Amaro Foro gemeinsam mit diesem eine Demonstration, um die antiziganistische Stigmatisierung und Hetze gegen bulgarische und rumänische Roma in Berlin zu thematisieren und zu bekämpfen.

Unter dem Motto „Willkommen in Neukölln! Willkommen zu Hause!“ demonstrierten am 03.03.2012 Roma und nicht-Roma gemeinsam, lautstark, wütend und kraftvoll gegen Antiziganismus und Rassismus. ■



Wehret den Anfängen

Bürgerplattformen als „Gegenentwurf zum Wutbürger und zur Gegen-Gesellschaft“ (Leo Penta)¹

Was sind Bürgerplattformen



Neben Quartiersmanagement und Quartiersräten sind Bürgerplattformen eine weitere Organisationsform, die in „Problemvierteln“ aufgebaut werden und die Stärkung der „demokratisch“ agierenden Akteure der Zivilgesellschaft anstreben. Die Bundeskanzlerin lobt in ihrem Zukunftsdialog diese als ein Beispiel für eine neue demokratische Kultur.² Bürgerplattformen werden von hauptamtlichen Organizern des Deutschen Instituts für Community Organizing (DICO) organisiert. Dieses Institut, das an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen angesiedelt ist, finanziert sich laut *Berliner Zeitung* „ausschließlich aus Spenden von Unternehmen und Zuwendungen etwa der BMW- und der Körber-Stiftung sowie des Generali-Zukunftsfonds.“³ Es existieren Bürgerplattformen in Schöne-weide³, in Wedding/Moabit⁵ und seit Januar nun auch in Neukölln⁶, eine Bürgerplattform in Berlin Südost befindet sich in Gründung. Es handelt sich jeweils um einen Zusammenschluss von Gruppen, Einrichtungen und Organisationen, der Schulen, soziale Einrichtungen, Moschee- und Kirchengemeinden umfasst. Auffällig ist, dass der größte Teil der „Mitgliedsgruppen“ einen religiösen Hintergrund haben und zu unterschiedlichen religiösen Richtungen gehören, die sich historisch bekriegt und in anderen Teilen der Welt nach wie vor erbittert bekämpfen. In Berlin engagieren sich derzeit ca. 90 Gruppen in solchen Bürgerplattformen. Laut *Tagesspiegel* können diese 75 000 Berliner erreichen.⁷ Allgemeines Ziel ist die Bündelung unterschiedlichster Kräfte, um etwas im Kiez voranzubringen bzw. zu verbessern. Politische Ziele werden in diesem Zusammenhang aber nicht formuliert. Statt sich bei-

spielsweise gegen Hartz IV, staatliche Überwachung oder steigende Mieten zu positionieren, wird die konstruktive Mitgestaltung der Entwicklungen in den jeweiligen Kiezen angestrebt. Die Organizer schulen die Mitglieder, damit Verhandlungen in „Augenhöhe mit politischen Entscheidungsträgern“ souverän geführt werden können.

Wie sieht die konstruktive Mitgestaltung aus

Die Bürgerplattform in Berlin Schöne-weide, die sich mit Verbündeten wie der *Berliner Volksbank*, der *Allianz Generalvertretung* und dem *Bio-Seminarhotel Essentis* schmückt, strebt die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Wirtschaftsansiedlungen in Schöne-weide mittels Einrichtung eines Regionalmanagements an. Ziel ist die verbindliche Zusammenarbeit von Berlinern, Unternehmen und Politik für Schöne-weide. Die Bürgerplattform in Berlin/Moabit „Wir sind da“ beschäftigt sich mit dem Jobcenter Berlin Mitte, mit Bildungsfragen und dem öffentlichen Raum. Für das Jobcenter Mitte sollen beispielsweise Perspektiven und Erfahrungen der „Kunden“ für die „Verbesserung des Jobcenters“ aufgezeigt werden. Von großen Verbesserungen kann aber kaum gesprochen werden, lediglich die Wartesituation wurde verbessert, die Mitarbeiteranzahl am Jobcenter erreichte die Sollzahl und eine Servicenummer wurde eingerichtet. Bei dem Problem der Kostenübernahme der steigenden Mieten im Kiez durch das Jobcenter, will sich die Bürgerplattform für eine Berlinweite Lösung einsetzen, bisher ist jedoch nichts passiert. Im Bereich Bildung feiert sich diese Bürgerplattform u.a. mit der Einführung eines Logbuches, das wöchentlich die Eltern über den Stand der Kinder informiert. Die Bedürfnisse der Kinder spielen im Allgemeinen eine untergeordnete Rolle, stattdessen soll das Anforderungsprofil der LehrerInnen verbessert werden, der Leistungsstand der SchülerInnen nun dreimal jährlich erhoben und die

Mathematikkenntnisse verbessert werden. Zum Themenbereich öffentlicher Raum ist nachzulesen, dass das Alkoholverbot am Leopoldplatz aufgehoben wurde. Gleichzeitig lobt sich die Bürgerplattform, dass sie es geschafft hat, diesen Ort zum Hauptschwerpunkt des Polizeiabschnitts 35 werden zu lassen. Zahlreiche Strafverfahren wurden bereits eingeleitet.

Community Organizing in den 30er Jahren

Von den ursprünglichen Ideen des Community Organizing sind bei den Bürgerplattformen nur noch rudimentäre Formen geblieben. In den 30er Jahren entwickelte der US-amerikanische Gewerkschafter Saul Alinsky das Modell einer Bürgerdachorganisation, in der sich lokale Einrichtungen, Vereine und Organisationen im Viertel vereinen sollten. Das so geschaffene Bündnis lokaler Organisationen, Gewerkschaften (AFL und CIO), Geschäftsleute, Vertreter von Sport- und Sozialvereinen, Lehrer sowie Priester (die katholischen Priester besetzten $\frac{1}{3}$ der Komiteesitze) wollte die Lebensbedingungen in den Ghettos verbessern. Ziele damals waren: die Verbesserung der medizinischen Versorgung, die Neuorganisation der Müllabfuhr, die Schaffung von Freizeiteinrichtungen, die Einrichtung eines Mittagstisches für Kinder mit 1 200 warmen Mahlzeiten täglich und ein Sommercamp-Programm für die Kinder und ein Community-Fonds. Das Organizing Konzept brachte tatsächliche Verbesserungen für größere Teile der „SlumbewohnerInnen“ in den USA. Erfolgreich war es auch deswegen, weil über den New Deal in den USA ein Bündel von Wirtschafts- und Sozialreformen durchgesetzt wurde, die eine Antwort auf die Weltwirtschaftskrise darstellten. So wurde nicht nur eine Sozialversicherung eingeführt, sondern auch Gewerkschaften anerkannt.

...und heute

Community Organizing heute findet unter ganz anderen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen statt. Antworten auf die heutige Krise sind die Kürzungen bei sozialen Einrichtungen, die Reduzierung der Lohnquote und die Erhöhung des Drucks auf die Proletarisierten. Die Bürgerplattformen werden nicht umsonst von der Politik als Beispiel für eine neue demokratische Kultur gefeiert. Diese Einrichtungen und das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO) sind Organe, die von Firmen finanziert und unterstützt werden und damit den Staat nichts kosten. Sie sind Bestandteil einer „neuen Planungskultur“, die die ganze Bevölkerung für das Wohl des Wirtschaftsstandortes mobilisieren soll. Zu verfolgen sein wird, wie die Geldgeber von der BMW- oder der Körberstiftung auch über die Bürgerplattformen Einfluss auf gesellschaftliche Meinungsbildungen nehmen werden. Dass diese Geldgeber Kritik an den kapitalistischen Produktionsverhältnissen zulassen, ist wohl kaum zu erwarten. Im Gegenteil, Geldgeber wie die BMW-Stiftung streben eine Gesellschaft an, die vom unternehmerischen Geist geprägt ist, „um die aktive Übernahme von Verantwortung zu ermöglichen“.⁸ Verantwortung zu übernehmen für Zustände, die von den Bewohnern der entsprechenden Wohngebiete nicht zu beeinflussen sind.

Führt der Hunger der Miethaie zu einer Zunahme von Obdachlosigkeit oder beengten Wohnverhältnissen für die bisherige Bewohnerschaft, darf diese mittels Bürgerplattform daran mitwirken, die Folgen so zu regulieren, das möglichst wenig Unruhe für die neuen, zahlungskräftigen Nachbarn entsteht. Wenn Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert werden, dürfen sich die Bewohner dieser Kieze mittels Bürgerplattform um die Verwaltung der Folgen für sie kümmern. Die Finanz- und Wirtschaftsunternehmen richten sich die Städte so zu, wie ...

sie es mit Blick auf möglichst hohe Gewinne für richtig halten und überlassen es den Verlierern dieser Veränderungen selbst, sich in diesen neuen Verhältnissen möglichst passgenau einzurichten. Das darf über eine Stiftung dann auch mal ein paar Euros kosten. Auf Betriebsebene wäre das vielleicht vergleichbar mit der Situation, dass die Chefetage die Arbeitszeiten, den Lohn und die Arbeitsbedingungen diktiert und der evtl. entstehende Unmut der Belegschaft sich in vom Unternehmen angebotenen Organisationen zusammenfasst. Während das Konzept in den 30er Jahren den Ausbau einer sozialen Absicherung in den USA begleitete, ist heute das Konzept des Community Organizing, in Form von Bürgerplattformen, Teil der Verwaltungsstrukturen, die die Zerschlagung der bestehenden sozialen Sicherungssysteme unterstützen soll.

Was am Ende bleibt...

Zusammengefasst heißt dies: Bürgerplattformen sind eine durch und durch von oben organisierte Angelegenheit. Ihre Bildung und Funktionsweise ist komplett anders als bei selbstorganisierten Initiativen von unten. Professionelle Organizer planen und gestalten den Ablauf. Sie sind Bestandteil eines institutionellen Prozesses der Landnahme durch den Staat und vor allem durch Privatunternehmen. Nicht Betroffene der sozialen Angriffe organisieren sich, sondern Organisationen werden geschaffen, um an der konstruktiven Mitgestaltung des Kiezes unter Beibehaltung der kapitalistischen Rahmenbedingungen mitzuwirken. In ihnen organisieren sich StaatsbürgerInnen, die immer das Allgemeinwohl des Wirtschaftsstandortes und des Staates im Auge haben sollen. Die Förderung durch und die Zusammenarbeit mit Firmen, Verbänden und dem Staat macht deutlich, dass es um den Aspekt der Kontrolle der Stadtteile mit hoher Armutsquote geht und die effektive Verwaltung der Misere des kapitalistischen Alltags angestrebt wird. Die wirtschaftliche Entwicklung soll gefördert, die Leistungen der SchülerInnen besser, der Öffentliche Raum sicherer und das Jobcen-

ter effektiver werden. Das Privateigentum an Produktionsmitteln und Wohnungen wird keiner Kritik unterzogen. Effektiv meint in diesem Zusammenhang auch, dass der Polizeiknüppel möglichst lange, nur als im Hintergrund stehende Drohung genutzt werden muss. Angesichts der sich verschärfenden Krise mit hoher Arbeitslosigkeit, Verarmung und Verdrängung stellen Bürgerplattformen keine Form der Organisation des Widerstandes gegen die sozialen Angriffe dar, sondern sind Organe der vorbeugenden Befriedung und Kontrolle der „Problemviertel“. ■

Nachzulesen:

1. Leo Penta im Interview in der *Berliner Zeitung* am 13.03.2012. Der New Yorker Professor und Priester Leo Penta hat das Community Organizing nach Deutschland importiert.
2. https://www.dialog-ueber-deutschland.de/SharedDocs/Blog/DE/2012-02-20_Communal_Organizing.html?nn=475462
3. Bürgerplattform in Neukölln gegründet
Berliner Zeitung 26.01.2012
4. Menschen verändern ihren Kiez / Organizing Schöneweide
<http://www.organizing-berlin.de/>
5. Bürgerplattform Wedding / Moabit „Wir sind da!“
<http://www.wirsindda.com/>
6. WIN – Wir in Neukölln
7. Nikolow, Bürgerliches Engagement. Mit dem Blick fürs Ganze.
Tagesspiegel 16.09.2011
8. <http://www.bmw-stiftung.de/de/gesellschaft-neu-denken>

Bericht über die Gründung einer Bürgerplattform in Neukölln

Am 25. Januar 2012 wurde im Festsaal *Villa Müzikhol* vor der eindrucksvollen Kulisse von mehr als tausend BesucherInnen die Bürgerplattform Neukölln gegründet. Bei der straff organisierten Veranstaltung, auf der man sich des Eindrucks nicht erwehren konnte, dass eine unsichtbare Hand im Hintergrund die Fäden zieht, ging mit einiger Verspätung das Programm los. Nach kurzer Begrüßung und einer kurzen Einführung, was eine Bürgerplattform sei, folgten dann mehrere Beiträge über die Arbeit anderer Bürgerplattformen. Schließlich kam auch noch Leo Penta zu Wort, der der Leiter des Deutschen Instituts für Community Organizing (*DICO*) ist. Dieses Institut hat einen hauptamtlichen Organizer nach Neukölln geschickt, der wiederum der Motor in der Findungsphase bis zur Gründung der Bürgerplattform war. Auch für das weitere Funktionieren der Bürgerplattform wird er eine wichtige Rolle spielen. Der Vorstellung der finanziellen Unterstützern, namentlich der *BMW Stiftung*, sowie der *Körperstiftung* wurde viel Raum eingeräumt. Dabei war die Bemerkung des Leiters der *BMW Stiftung*, dass die Bürgerplattform zu einem Label werden soll, wie *BMW* ein Markenzeichen für Mobilität sei, selbst den Veranstaltern ein bisschen peinlich.

Die Veranstaltung bekam bei der Vorstellung der einzelnen Gruppen immer mehr den Charakter einer interreligiösen Erweckungsveranstaltung. Es wurde mehrmals der Segen des Propheten oder der Segen Allahs beschworen. Die Evangelische Kirche kam mit ihrer Jahreslosung „Gottes Kraft ist in den Schwachen mächtig“ zu Wort. Neunzig Prozent von den 31 Vereinen und Organisationen sind Gruppen mit einem religiösen Hintergrund (katholische Kirchengemeinden, sowie ihre evangelischen Brüder und Schwestern). Ein Drittel der Gruppen haben einem muslimischen Hintergrund. Anwesend waren auch zwei Vertreter von Moschee-Vereinen, die erst geögert hatten, sich aber von dem Elan und der Ernsthaftigkeit angesprochen fühlten. Sie hoffen auf einen neuen Anfang, um viele Missverständnisse auszuräumen, die mit dem 11. September um Muslime herum entstanden sind.

Nach der Eröffnungsveranstaltung gab es im Februar und März drei Termine, auf denen die Mitgliedsgruppen Probleme sammelten, die angegangen werden sollen. Auch diese Treffen waren klar durchstrukturiert, so gab es Untergruppen und von den OrganisatorInnen vorgegebenen ModeratorInnen und ProtokollantInnen. Auf dem ersten Treffen kamen hauptsächlich Themen wie Bildung, steigende Mieten und das Jobcenter zur Sprache. Die gesammelten Ergebnisse der Treffen bearbeitet ein Planungsteam und wird diese auf einer neuen Großveranstaltung am 19. April den beteiligten Gruppen vorstellen. Dort werden die MitgliederInnen diskutieren, sich auf Themen verständigen und Aktionsteams erstellen, die Lösungsvorschläge erarbeiten. Im Herbst wird vielleicht wieder was zu hören sein von der Bürgerplattform Neukölln mit dem Namen: *WIN = Wir in Neukölln*. ■

Mythos soziale Mischung

Warum die soziale Durchmischung z. B. in Zehlendorf oder im Grunewald keine Rolle spielt.

Ob mensch die Tageszeitung aufschlägt, das Berliner Radio hört, oder irgendwo einen der angeblichen VolksvertreterInnen quatschen hört: geht es um Berliner Stadtviertel und die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt fällt meist im Laufe der Zeit der Begriff „soziale Mischung“. Die Idee einer Mischung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, mensch könnte auch Klassen sagen, innerhalb eines Stadtviertels hat eine lange Geschichte.

Die rasante Verstädterung in der frühen Phase des Kapitalismus machte bereits damals einige Menschen auf die Auswirkungen der starken Konzentration der unteren Klassen in bestimmten Stadtviertel aufmerksam. Sie befürchteten wegen der miserablen Wohnverhältnisse Seuchen, Epidemien und vor allem soziale Revolutionen und Revolten. Das Ziel, diese Gefahren für die herrschende Ordnung zu überwinden, sollte mit Hilfe der Integration der ArbeiterInnenklasse erreicht werden. Die unkontrollierbaren Nachbarschaften sollten aufgelöst werden.

Der königliche Stadtplaner James Hobrecht, der für die Erweiterung Berlins zuständig war, verfolgte als einer der ersten mit seinem Baugebungsplan von 1862 das Ziel der sozialen Mischung konkret. Er wollte dieses Ziel weniger mit repressiven Mitteln erreichen, wie es zu seiner Zeit üblich war, sondern mit bautechnischen Maßnahmen. Er wollte es möglich machen, dass Menschen verschiedener Klassen in denselben Häusern Wohnungen finden können. Für ihn



Hobrechtplan 1862

hieß dies jedoch, dass die Armen im Kellern wohnen sollten. Die Visionen von Hobrecht sind aber zum Großteil Visionen geblieben, und an dem Elend der Armen hätten sie ohnehin nichts ändern können oder wollen.

Die Ideen von Hobrecht blieben aber erhalten und wurden in den 1960er Jahren der BRD wieder auf die Tagesordnung der Stadtpolitik gesetzt. Mittlerweile ging es darum Stadtviertel so zu verändern, dass die Struktur der BewohnerInnen dem Berliner Durchschnitt entspricht. Es ging nicht mehr um visionäre Ziele und positive Folgen einer sozialen Mischung, wie das bei James Hobrecht noch der Fall war, sondern soziale Mischung wurde selbst zum Mittel und Zweck der Stadtplanung. Nachdem in dieser Zeit dieselben Probleme auftauchten, mit denen wir auch heute noch konfrontiert sind (Verarmung in Folge steigender Mietkosten und die Zerstörung langfristig entstandener sozialer Beziehungen), gab es in den 70er und 80er Jahren eine kurze Phase, in der versucht wurde die Struktur der KiezbewohnerInnen zu erhalten. Kurze Zeit später, in den 90er Jahren, änderte sich das aber im Zuge der Privatisierung und Ökonomisierung der Stadtpolitik bereits wieder.

Im Zuge der Aufrüstung des strafenden und ordnenden Staates galten Viertel mit einer hohen Konzentration an Armut als gefährlich und der Trend einer Abwärtsspirale wurde vorausgesagt, da es den dort Lebenden an „positiven Rollenbildern“ mangeln würde. In solchen Diskussionen werden wohlhabende Menschen häufig als „stabilisierende Bevölkerungsgruppen“ bezeichnet, die die „gefährdeten“ und „gefährliche“ Kieze befrieden sollen. Im Sinne dieser sozialchauvinistischen Behauptungen wird das Konzept der „sozialen Mischung“ seitdem angewandt. Nie geht es in den Diskussionen darum, an den Lebensbedingungen der verarmten BerlinerInnen etwas zu verändern. Ziel, Mittel und Strategie ist immer die Verdrängung eines Teils der AnwohnerInnen (letztlich häufig fast aller) und die Bereitstellung des städtischen Raums für Besserverdienende, die von den Herrschenden nicht nur für profitabler sondern schlicht und einfach für besser gehalten werden.

Derartige Überzeugungen machen zwischen den Parteigrenzen nicht halt. Petra Hildebrandt, die für die Neuköllner SPD im Abgeordnetenhaus sitzt, veröffentlichte im Namen ihrer Partei noch 2010 eine Stellungnahme in der behauptet wird: „Anzeichen einer Gentrifizierung lassen

sich also weder im Reuterkiez noch in ganz Neukölln ausmachen.“ Dass sie selbst nicht sehen will, was nicht sein darf, hindert sie nicht daran, selbst für diese Entwicklung zu streiten: „Sorge besteht allerdings dahingehend, dass die sozial schwierigen Kieze im Norden Neuköllns stagnieren und es dort auf lange Sicht zu keiner Verbesserung der Situation kommen wird. Die SPD Neukölln ist daher durchaus an einer stärkeren Bevölkerungsmischung interessiert und möchte Anreize schaffen, die Nord-Neukölln auch für bürgerliche Schichten, insbesondere für Familien, attraktiv machen.“ Ende des gleichen Jahres machte Hildebrandt ihre Vorstellung für die Zukunft Neuköllns nochmal in aller Form deutlich. Auf einer Veranstaltung zu Eigentümermanagement sagte sie: „Wenn wir Durchmischung wollen, müssen eben Leute wegziehen.“

Die Berliner FDP versuchte anscheinend ein wenig radikaler zu sein, und machte staatlich geförderte Verdrängungspolitik gleich zur gesamtberliner Parteistrategie. In einem offiziellen Antrag an das Abgeordnetenhaus fordert die FDP: „... den Senat auf, mit seinem Handeln im Bereich der Stadterneuerung Investitionsanreize zu schaffen und die positiven Effekte des Marktes zu unterstützen. ... Dementsprechend ist es dringend geboten, sich auf klassische Sanierungsmaßnahmen rückzubesinnen ..., um neue Bewohner und weitere private Investitionen anzulocken.“ Das dort bereits Menschen leben, die dort vielleicht auch gerne wohnen bleiben möchten, ist allerdings auch pfiffigen FDP nicht entgangen: „Das bestehende Mietrecht schützt dabei die dort ansässige Bevölkerung vor Verdrän-

gung und verhindert damit die Segregation der Berliner Stadtquartiere in ausreichender Weise.“ Ob mensch bei dieser Realsatire lachen oder weinen soll ist unklar. Aber dass die FDP ausgerechnet den Kollwitzplatz im Prenzlauer Berg als positives Beispiel sozialer Mischung heranzieht, lässt wohl allen, die schon einmal dort waren, einen kalten Schauer über den Rücken laufen.

Interessanterweise hat bisher noch niemand soziale Durchmischung für Berlin-Dahlem, Zehlendorf oder Grunewald gefordert. Wenn es doch angeblich darum geht, die Bezirke an den Berliner Durchschnitt anzupassen, wieso werden dann nicht ein paar Reiche aus ihren Villen am Wannsee geschmissen und Platz gemacht für HartzIV-EmpfängerInnen die wahrscheinlich bald nirgendwo mehr eine Wohnung finden können? Aber darum geht es natürlich nicht. Soziale Mischung meint vor allem eine Rückeroberung der ArbeiterInnenviertel durch die Mittelklasse. In Neukölln liegt die Arbeitslosenquote über dem Berliner Durchschnitt, in Zehlendorf, Charlottenburg und Schöneburg aber darunter.

Wenn euch soziale Mischung so am Herzen liegt, und alles dem Durchschnitt entsprechen muss, dann durchmischt zuerst eure Mittelstands- und Villenviertel, aber lasst uns mit eurem Scheiß in Ruhe! ■



Freies Feld für Alle!

Die Kampagne 100 % Tempelhofer Feld

Das Tempelhofer Feld heute

Mitten in der dichtesten Großstadt liegt eine freie Naturfläche, offener Himmel bis zum Horizont, Umland in zentraler Lage, ein Sportlerolymp, ein riesiger Spielplatz. Auf die endlosen Wiesen und verwitterten Start- und Landebahnen des ehemaligen Tempelhofer Flugfelds kommen Tausende zum Lustwandeln, Skaten, Fahrradfahren, Joggen, Drachensteigen, Spielen, Herumtoben, Gärtnern, Kitesurfen, Langlaufen, Musizieren, Grillen, Feiern und vielem mehr.

Jeden Tag kann dort die friedliche Koexistenz der unterschiedlichsten Menschen jeden Alters beobachtet werden. Auf dem weitläufigen Feld hat jeder Mensch genügend Platz, um für sich allein zu sein und dabei doch immer die anderen zu sehen. Keine Spur von befürchteter Vermüllung und Verwahrlosung, die Freifläche ist ganz im Gegenteil gepflegter als manch anderer Berliner Park. Die Stadtmenschen haben sie als ihr Naherholungsgebiet entdeckt und nutzen sie friedlich, vielfältig und respektvoll.

Der ehemalige Flughafen Tempelhof hat außerdem eine große historische Bedeutung: als der erste innerstädtische Flughafen weltweit, als Ort des Großenwahnsinns und der Zwangsarbeit in den NS-Zeiten und als Ort der Luftbrücke. Heute ist es ein gelebtes und belebtes historisches Denkmal.

Nicht nur Menschen beleben es, sondern auch unzählige Pflanzen und Tiere haben hier ihren Lebensraum gefunden. Großflächige Wiesen sind in Mitteleuropa selten geworden, daher ist das „Wiesenmeer“ des Tempelhofer Feldes eine große Besonderheit. Hier leben unter anderem Feldlerche, Grauammer, Braunkehlchen und Turmfalken, viele verschiedene Schmetterlingsarten, 236 Bienen- und Wespenarten, davon mehr als 40 stark gefährdet oder vom Aussterben bedroht, Sand-Strohblumen, Feldbeifuß und Heide-Nelken. Das offene Feld ist außerdem für das Stadtklima äußerst wichtig, denn es ermöglicht die Kaltluftzufuhr in die dicht bebauten Wohngebiete.

Diese Freifläche ist als historischer Ort, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und als Naherholungsgebiet in der Großstadt unermesslich wertvoll und weltweit einmalig! Kein Stadtplaner hat je so kühn gedacht, von einer Realisierungschance ganz zu schweigen. Es ist keine Vision, sondern real vorhanden, vor unseren Haustüren!

Zerstörung droht

Diese einzigartige Freifläche ist akut bedroht! Die Pläne des Senats bedeuten nichts anderes als eine systematische Zerstörung durch Privatisierung, Bebauung und Umgestaltung, verbunden mit hohen Kosten für Berlinerinnen und Berliner.

Privatisierung, massive Bebauung, Zerstörung der Natur und des Geschichtsortes - so sehen die kurzsichtigen Pläne der Politik aus. Im Hintergrund stehen verschiedene Lobbys schon bereit für die Verteilung des Feldes. Wieder mal sollen in Berlin auf Kosten von Bürgerinnen und Bürgern die Interessen der Investoren und Lobbys bedient werden. Die Nutznießer aktueller Planungen sind Bau-, Immobilien- und Planungs-Lobbys. Berliner Bürgerinnen und Bürgern würden mit der Realisierung dieser Pläne nur verlieren!

Eine Realisierung der Pläne des Senats und der Lobbys würde bedeuten:

- Verlust dieser weltweit einmaligen Freifläche inmitten einer Metropole
- Zerstörung eines historischen Ortes durch Umgestaltung bis zur Unkenntlichkeit
- Zerstörung des Lebensraums von seltenen und sogar bedrohten Tier- und Pflanzenarten
- Beeinträchtigung des Stadtklimas durch Verbauung der Frischluftzufuhrwege
- Hohe Kosten durch Bebauung und Erschließungsmaßnahmen im Umfeld, die die Bürgerinnen und Bürger zu tragen hätten
- Internationale Gartenausstellung (IGA) mit kostenpflichtigem Eintritt
- Hohe Unterhaltskosten für den neuen Park, der auf einem Teil des Flugfelds gestaltet werden soll, zu bezahlen ebenso von den Bürgerinnen und Bürgern
- Viele Jahre Baulärm und Bauverkehr in den angrenzenden Wohngebieten
- Völlig ungelöste Verkehrssituation mit drohendem Durchgangsverkehr auf Neuköllner Seite
- Weiter steigende Mieten und zunehmende Verdrängung in den angrenzenden Wohngebieten durch die Errichtung deutlich hochpreisigerer Wohngebiete auf dem Feld
- Auch geplante Gebäude mit sinnvollen allgemeinnützlichen Inhalten, wie die Landesbibliothek, Schulen und Kitas, rechtfertigen die Zerstörung der Freifläche nicht - sie können ihren Platz problemlos innerhalb der bestehenden Quartiere finden

Wir dürfen die Zerstörung dieses einzigartigen Freiraums und damit verbundene hohe finanzielle Belastungen für alle Bürgerinnen und Bürgern nicht zulassen!

Das Feld 100% erhalten

Der heutige Zustand auf dem Tempelhofer Feld ist die sozial und ökologisch sinnvollste Nutzung dieser Freifläche. Zudem ist diese Nutzung auch noch die kostengünstigste. Die geplante Bebauung und Umgestaltung müssen verhindert werden, denn sie bedeuten Zerstörung und hohe Kosten für Berliner Bürgerinnen und Bürger.

Das Tempelhofer Feld muss als Ganzes in seiner gegenwärtigen Form erhalten werden und 100% öffentlich zugänglich bleiben. Seine Offenheit für die unterschiedlichsten Inhalte, die die Menschen in Selbstinitiative, mit eigenen Mitteln und nichtkommerziell schaffen und entwickeln, muss bewahrt bleiben. Das Feld muss auch als his-

torischer Ort und als Lebensraum für zahlreiche Pflanzen und Tiere in seiner heutigen Gestalt erhalten bleiben.

Wir wollen ein freies Feld unter ungeteiltem Himmel!

Wir wollen 100% Tempelhofer Feld!

Deshalb streben wir ein Volksbegehren an, um diese Ziele per Gesetz festzuschreiben. Diese Form der direkten Gesetzgebung ermöglicht es uns Bürgern im Erfolgsfall, als Souverän unsere Interessen direkt durchzusetzen. In wenigen Wochen beginnen wir mit der Sammlung der Unterschriften.

Weitere Informationen :

www.tempelhoferfeld100.de



[ERWERBSLOSEN TREFF]

Jeden Mittwoch 12 bis 15 Uhr
im Stadtteil- & Infoladen Lunte,
Weisestraße 53 (U-Bhf. Boddinstraße)
Telefonnr.: 622 32 34

Wir, Erwerbslose in Neukölln, treffen uns jeden
Mittwoch zum gemeinsamen Kaffee und Essen
und tauschen Erfahrungen und Infos aus.

Wir erteilen Auskünfte, wo Beratungsstellen in
Berlin zu finden sind, und können über politische
Aktivitäten zu den Themen Hartz IV informieren.

Infos zu rechtlichen Problemen:
www.hartzkampagne.de
www.tacheles-sozialhilfe.de



Dankeschön!

Alle Fotos der MietenStopp-Demonstration, die wir
in der letzten RandNotizen abgedruckt haben, stam-
men von: **Bernd Sauer-Diete**

bsd-photo-archiv.de

Demnächst in & aus deinem Stadtteil

15. April

Kiezspaziergang durch den Schillerkiez

Treffpunkt: Stadtteil- und Infoladen Lunte, Weisestraße 53 um 14:00 Uhr

20./21. April

Aktionstage gegen Leerstand von Wohnraum

48h Berlin

Montag, 23. April (2-wöchentlich)

Öffentliches Vorbereitungstreffen Weisestraßenfest

20:00 Uhr, Lange Nacht, Weisestraße 8

jeden Dienstag im Mai

Film- und Veranstaltungsreihe zum Thema Antiziganismus

19:30 Uhr, Stadtteil- und Infoladen Lunte, Weisestraße 53

unabhängiges
**Straßenfest
Weisestraße**
Samstag, 04.08.2012, 14-22 Uhr
zwischen Selchower- und Herrfurthstraße

Auf welcher Seite steht ihr eigentlich?!

Zweifelhafte Gewerkschaftspraktiken beim Streik der CFM-Beschäftigten

Im Heft vom September 2011 berichteten wir vom gemeinsamen Streik des nicht-ärztlichen Personals an der Charité mit den KollegInnen der Charité Facility Management GmbH (CFM). Dieser Streik wurde nach einem verbesserten Angebot der Charité abgebrochen, jedoch ohne Ergebnis für die CFM-Beschäftigten. Deshalb begann im September erneut ein Arbeitskampf. Der zweite Streik bei der CFM im Jahr 2011 ist nach 13 Wochen im Dezember beendet worden. Wie sieht das Ergebnis aus?

Es wurde eine Anhebung aller darunter liegenden Gehälter auf 8,50 Euro ab Mai 2012 durchgesetzt, entsprechend der Absichtserklärung des Senats im Koalitionsvertrag. Zudem hat es eine Einmalzahlung von 300,- Euro gegeben. Allerdings nicht für alle KollegInnen, der Reinigungsbereich erhielt diese Zahlung nicht. Und es wurde die Aufnahme von Verhandlungen zu einem Manteltarifvertrag versprochen. Tatsächlich wird seit dem 30.1.2012 verhandelt, laut Gewerkschaften konstruktiv, allerdings wird auch von arrogantem Auftreten der CFM-Geschäftsführung berichtet.

Dies ist die konsequente Fortsetzung des Verhaltens der CFM während des Arbeitskampfes. Streikende wurden mit Kündigung bedroht, durch extra eingekaufte, auffallend breitschultrige und „kleinköpfige“ Schwarze Sheriffs. Diese behinderten die Streikenden in ihrer Bewegungsfreiheit, entfernten Informationsmaterial der Gewerkschaften und brachen sogar einen Spind mit entsprechendem Material auf. Die Spaltung der Belegschaft wurde vertieft und ausgenutzt. Viele KollegInnen haben Zeitverträge, die Gewerke sind stark voneinander getrennt, auch in Bezug auf ihre Arbeitsbedingungen, wie Bezahlung und Arbeitszeiten. Neben den CFM-Angestellten stehen etwa die von der Charité an die CFM ausgeliehenen KollegInnen (Gestellte) mit eigenen Tarifbedingungen. Streikbrecher erhielten belegte Brote oder auch Pullover. Ein Vergleich der ArbeiterInnen mit Äpfel durch den Geschäftsführer T. Giebe stellte einen Höhepunkt der Frechheit dar. Er erklärte, dass sich seine Kinder beim Einkaufen natürlich für den Apfel zu einem Euro entscheiden würden, wenn die anderen Äpfel mehr kosten würden. Dies sollten die KollegInnen berücksichtigen, wenn sie höhere Löhne fordern würden.

Trotzdem beteiligten sich zwischen 200 und 300 KollegInnen an den Arbeitskampfmaßnahmen. Viel Erfahrung brachten die Streikenden nicht mit und so gelang es *ver.di*, den Streik durchgehend zu kontrollieren. Das ins Leben gerufene Soli-Komitee wurde stark von der Politgruppe Sozialistische Alternative Voran (SAV) geprägt. Dieses So-

li-Komitee dominierte die Entscheidungen und Aktionen der Streikenden. Eine Entfaltung von Aktivitäten der Streikenden war nur unter Kontrolle und sozusagen Zensur des Solikreises möglich. Dazu gehörten Aktionen wie Flashmobs bei *Dussmann* (einem der CFM-Gesellschafter), Versuche der Lahmlegung des Zentrallagers oder auch Demonstrationen zusammen mit den Streikenden der *Alpenland GmbH* und UnterstützerInnen. Aber gleichzeitig wurden Versuche von regelmäßigen Streikversammlungen torpediert, Ansätze von Selbstorganisation behindert.

Eine Ausweitung der Beteiligung am Streik innerhalb der Belegschaft der CFM gelang nicht. Ganze Bereiche blieben völlig unbeteiligt, so z. B. das Catering. Dazu beigetragen hat sicher auch die zweifelhafte Rolle der DGB-Gewerkschaft *IGBAU*. Diese bezeichnete in Flugblättern den Streik als illegal. Auch die Enttäuschung über den Abbruch des gemeinsamen Streiks mit den nicht-ärztlichen KollegInnen der Charité im Mai 2011 dürfte hier eine Rolle gespielt haben.

Eine Ausweitung des Streiks durch Einschluss der Charité in den Streik wurde gar nicht erst versucht. Die Gewerkschaften sahen sich angeblich in der Friedenspflicht, obwohl der Tarifvertrag der Charité erst im Januar 2012, also nach Beendigung des CFM-Streiks, unterschrieben wurde. Auch ein Aufruf zu den sonst so beliebten „aktiven Mittagspausen“ blieb aus, ebenso die Aufforderung zu Dienst nach Vorschrift in der Pflege. Auch die Möglichkeiten der *ver.di* dominierten Personalräte zu häufigen und langen Informationsveranstaltungen der Charité-Angestellten wurden von diesen nicht genutzt.

Die Entsolidarisierung der Charité-Belegschaft von den CFM-KollegInnen durch Abbruch des gemeinsamen Streiks im Mai 2011, ohne Ergebnis für die CFM-Beschäftigten, wurde also aktiv weiter betrieben. Dies wurde erleichtert durch die weitverbreitete Enttäuschung über den Abbruch der Kampfmaßnahmen im Mai und den weit hinter den Forderungen der Streikenden zurück bleibenden Eckpunkten, die seit 2011 als Grundlage für die schier endlosen sog. Redaktionsverhandlungen dienten.

Bleibt nur Eines! Die Erfahrungen der letzten Monate nutzen und bei den nächsten Arbeitskampfmaßnahmen die Macht der GewerkschaftsfunktionärInnen durch regelmäßige, engmaschige und entscheidungsbefugte Streikversammlungen einzuschränken. ■

Teil 2**Zwangsarbeit auf dem Flughafen Tempelhof****Zur Geschichte des Tempelhofer Feldes**

Auf dem Tempelhofer Flugfeld wurden neben der militärischen Nutzung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch erste Flugversuche unternommen. Bald wurde die Obersten Heeresleitung auf die neue Waffe aufmerksam. So wurden im ersten Weltkrieg die ersten Militärflugzeuge eingesetzt, um deren Piloten der Mythos der Fliegerhelden entstand. Der erste Weltkrieg endete mit einer Niederlage für das Deutsche Reich. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages von 1919 (Versailler Vertrag) war dem Deutschen Reich der neue Aufbau einer Luftwaffe untersagt. Dennoch existierte ein Etat zur Luftrüstung für die Abteilung Luftfahrt innerhalb des Reichsverkehrsministeriums. Als der Berliner Verkehrsminister Leonard Adler 1926 den ersten Berliner (Zivil) Flughafen einrichten ließ, wurde er vom Reichsverkehrsministerium und der *Deutschen Bank* finanziell stark gefördert. So hatte der erste Flughafen seine Gründung in Berlin Tempelhof auch rüstungspolitischen Zielsetzungen zu danken. Das rüstungspolitische Moment war aber in der Weimarer Republik nur eines unter mehreren. der Weimarer Republik nur eines unter mehreren.

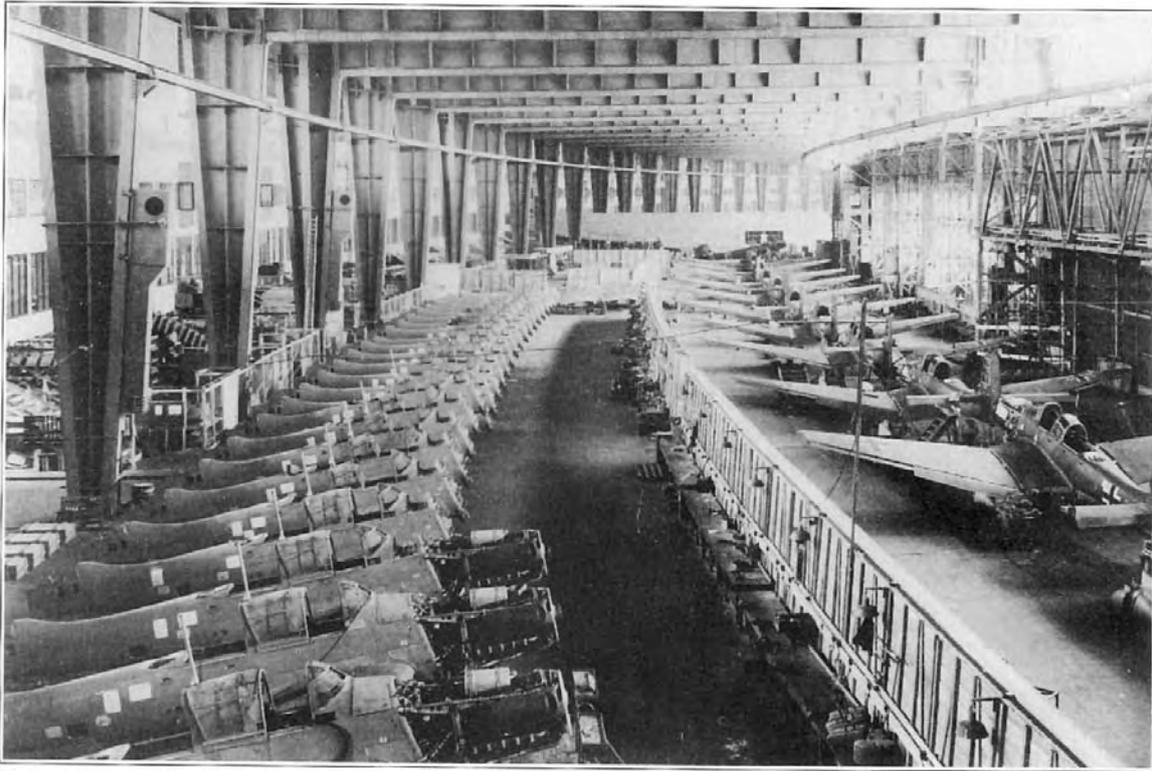
Die Nazis und die Luftfahrtindustrie

Auch das NS-Regime interessierte sich stark für die Luftfahrt. Ihre Planungen bezogen sich von Beginn an auf den Aufbau einer Luftstaffel. 1933 wurde Hermann Göring zum General der Luftwaffe, Reichsminister für Luftfahrt und zum preußischen Ministerpräsident ernannt. Als Stellvertreter wählte Göring den damaligen *Lufthansa* Manager Erhard Milch. Von Beginn an forcierte Göring den Aufbau der Luftwaffe. Dazu legte er ein Milliardenprogramm auf, das Entwicklung und Bau von Kampfflugzeugen förderte. Die Industrie nahm das Programm insgesamt begeistert auf. Die Rüstungsaufträge sicherten ihnen gewaltige Profite und den Zugang zu neuen Märkten.

Berlin/Brandenburg war zu diesem Zeitpunkt ein Zentrum der Luftfahrtindustrie und der Rüstungsproduktion. Die stark angestiegenen Verkehrsleistungen und die sich immer stärker abzeichnende Konzentration des deutschen und europäischen Luftverkehrs als „Luftkreuz Europas“ erforderten einen großzügigen Ausbau des Flughafens Berlin-Tempelhof. 1936 wurde mit seinem Ausbau zum

„Weltflughafen Berlin“ begonnen. Die Wahl des Standortes entsprach auch der (damaligen) Lage der Luftfahrtindustrie Berlins. Ab 1938 plante Albert Speer die Umgestaltung Berlins zur „Reichshauptstadt Germania“. Um die dafür erforderlichen Arbeitskräfte dauerhaft unterbringen zu können, plante Speer eine aus festen Unterkünften bestehende kasernenähnliche Arbeiterstadt. Vergleichbare Unterkünfte entstanden auf dem Tempelhofer Feld für die Bauarbeiter, die den Flughafen errichten sollten. Ab 1940 wurden daraus Sammellager für zwangsrekrutierte Arbeitskräfte aus ganz Europa. In der zweiten Hälfte des Jahres 1940 kamen vor allem französische Kriegsgefangene zum Einsatz. Besonders Frauen und Männer aus Polen und „Ostarbeiter“, also RussInnen und UkrainerInnen, die vorwiegend zwischen 1943 und 1945 kaserniert wurden, waren diskriminierenden Maßnahmen unterworfen: Kennzeichnungspflicht, schlechtere Verpflegung und Unterkunft, Ausgangssperren sowie regelmäßige Misshandlungen. Grundlage dafür waren die »Polen-Erlasse«, bzw. die zwei Jahre später eingeführten »Ostarbeiter-Erlasse«. Zudem galt für alle zwangsweise untergebrachten Arbeitskräfte ein Zugriffsrecht der Gestapo, die jederzeit die Arbeiter in ein „Arbeitserziehungslager“, die sogenannten „KZ der Gestapo“, einweisen konnte. Sie dienten der „Disziplinierung“ und Abschreckung. Zwischen 1939 und 1941 entstand im „Weltflughafens“ Tempelhof auf Weisung Hermann Görings ein komplettes Montagewerk, in dem vor allem Sturzkampfbomber, die *Ju 87*, produziert wurde. Die Herstellung von Flugzeugen war sehr arbeitskräftintensiv. Trotz vereinfachter Herstellung bedurfte es zehntausender zusätzlicher Arbeitskräfte, um die von Hermann Göring geforderten Stückzahlen zu erreichen. Noch im selben Jahr beantragte die *Weserflugbau* zusätzliche Unterkünfte. Neben dem Lager am Columbiadamm entstanden fünf zusätzliche Lager allein für die *Weserflugbau* sowie weitere Lager für am und im Flughafengebäude tätige Firmen.

Wie viele Menschen in Zwangsarbeit insgesamt dort tätig waren, lässt sich nach bisherigen Erkenntnissen nicht abschätzen. Nicht alle Menschen verblieben am Standort Tempelhof, oft tauschten die Firmen Arbeitskräfte aus oder die Arbeitsämter wiesen den Menschen neue Einsatzorte zu. Insgesamt stieg die Anzahl der ZwangsarbeiterInnen auf dem Flugfeld bis 1944 stark an. Ab Januar 1945 wur-



Halle 4 im neuen Flughafen, Montagehalle für den Endzusammenbau der Ju 87.

den viele von ihnen an die Front oder andere Produktionsstätten abgezogen. Bis zur Befreiung des Flughafens wurde aber in Tempelhof produziert.

Der Ausbau der Luftwaffe durch Zwangsarbeit

Ab 1942 wurden hauptsächlich „OstarbeiterInnen“ deportiert. Als der Krieg gegen die Sowjetunion begann, war nicht beabsichtigt gewesen, sowjetische Zivilisten oder Kriegsgefangene zum Arbeitseinsatz ins Reich zu schaffen. Eine der wichtigsten Gründe waren die rassistischen Vorurteile gegen diese Menschen, die von Nationalsozialisten als „Untermenschen“ diffamiert wurden. Auch die Lebensraumvorstellungen der Nationalsozialisten spielten eine wichtige Rolle: die Länder Ostmittel- und Osteuropas waren das künftige Siedlungsland der Deutschen und deren ehemalige Bevölkerung waren entweder die Existenz als Sklavenvolk zuerkannt oder die Vernichtung. Für die sowjetischen Kriegsgefangenen hatte die Entscheidung, sie nicht zur Arbeit zu verwenden, katastrophale Folgen. In den großen Sammellagern im rückwärtigen Heeresgebiet wurden sie dem Hungertod überlassen. Andere fielen systematischen Mordaktionen zum Opfer.

Allein in den wenigen Monaten zwischen Juni 1941 und Februar 1942 starben rund zwei Millionen gefangene Sowjetsoldaten, bis Ende des Krieges weitere 1,3 Millionen. Erst Ende 1941 fiel die Entscheidung für den Arbeitseinsatz sowjetischer Arbeitskräfte in Deutschland. Der Einsatz

von sowjetischen Kriegsgefangenen und „Ostarbeitern“ erfolgte unter überwiegend katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Die Verpflegung war unzureichend für den über zehnstündigen Arbeitstag. Viele Menschen brachen an den Maschinen zusammen. Sie wurden anfällig für Krankheiten. Tuberkulose und andere Infektionskrankheiten breiteten sich aus. Das Leben der meisten „Ostarbeiter“ blieb bis Kriegsende von unzureichender Ernährung, mangelhafter gesundheitlicher Versorgung, Repression, rassistischer Diskriminierung, alltäglicher Willkür und Misshandlung durch Vorgesetzte, deutsche Kollegen und Lagerpersonal bestimmt. Neben der oft über zehnstündigen Arbeit war die Unterbringung im Lager der bestimmende Faktor im Leben der meisten Zwangsarbeiter, so auch in Tempelhof.

Kennzeichnend für das Lager „leben“ war das Fehlen jeder Privatsphäre in beengten, mit doppelstöckigen Pritschen ausgestatteten Stuben. Das „Ostarbeiterlager“ wurde von der Wehrmacht bewacht, Ausgang nur bei Fliegeralarm möglich, wenn sich die Bewacher in die sicheren Bunker zurückzogen. Zwangsarbeiter aus Westeuropa waren in dieser Hinsicht kaum Einschränkungen unterworfen. Beliebt waren der Besuch von Kinos und Varietés, Sport- und Musikveranstaltungen, die teilweise auch von der Deutschen Arbeitsfront speziell für ausländische Arbeitskräfte organisiert wurden.

Mindestens ein Drittel der eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte waren Frauen. Sie stammten in der Mehrzahl ...

aus der Sowjetunion und Polen. Für „Ostarbeiterinnen“ galten nicht die üblichen Arbeits- und Mutterschutzbestimmungen. Statt dessen konnten sie zu körperlichen Schwerstarbeiten herangezogen werden. Ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis bei „Ostarbeitern“ und Polen sollte gemäß der rassistischen Intention der Nationalsozialisten intime Beziehungen zu Deutschen vermeiden helfen. Schwangere Frauen wurden bis 1942 noch abgeschoben, danach wurden wie im Urbankrankenhaus eigene „Räume“ für die Frauen eingerichtet, in denen die Frauen entbanden. Die Säuglingssterblichkeit war extrem hoch.

Ausweitung der Zwangsarbeit

In der zweiten Hälfte des Krieges wurden sogar ganze Familien, Männer, Frauen und Kinder, nach Deutschland deportiert. Im Juli 1943 verfügte das Reichssicherheitshauptamt, Kinder von osteuropäischen Müttern, die als „gut rassig“ eingestuft wurden, von den leiblichen Eltern zu trennen – auch gegen deren Willen – und „einzudeutschen“. Für die übrigen Kinder wurden „Ausländerkinder-Pflegestätten“ eingerichtet, die der Aufsicht der DAF bzw. in der Landwirtschaft dem Reichsnährstand unterstanden. Die Kindersterblichkeit in diesen Einrichtungen war oft überdurchschnittlich hoch.

Die ZwangsarbeiterInnen auf dem Flughafen Tempelhof waren kein Einzelfall. Unfreiwillige Arbeit gehörte zum Alltagsbild, für jedermann sichtbar. Ungewöhnlich war die

hohe Anzahl der kasernenartigen Bauten und der Menschen, die unfreiwillig darin untergebracht waren.

Dennoch sind keinerlei zeitgenössische Berichte über die großen Lager überliefert. Weder AnwohnerInnen noch Berichtersteller erwähnen mit einem Wort die Tausenden von Menschen auf dem Tempelhofer Feld. Sie bleiben unsichtbar, übergangen, totgeschwiegen – bis heute.

Gedenken ist notwendig

Mittlerweile liegt ein Beschluss des Abgeordnetenhauses vor, der die Schaffung einer Informations- und Gedenkstätte auf dem Flughafengelände vorsieht. Ob dieser Beschluss unter einem rot-schwarzen Senat tatsächlich realisiert wird oder ökonomische Verwertungsinteressen in Form von Grundstücksverkäufen und Bebauung vorrangig behandelt werden, ist allerdings offen. Im Koalitionspapier zumindest wird er nicht erwähnt. Und ab 2017 könnte die IGA die großen Lager und das Leid der ZwangsarbeiterInnen ueberformen – möglicherweise dauerhaft. ■

Der Artikel ist von Beate Winzer vom *Förderverein für ein Gedenken an die Naziverbrechen auf dem Tempelhofer Flugfeld e. V.*

Weitere Informationen im Internet unter:
www.thf33-45.de



Bau des neuen
Flughafens auf dem
Flughafengelände
1938

Nicht länger , selber

Quartiersmanagement Schillerpromenade und Task Force Okerstraße

Umfassende Zusammenstellung von Texten und Artikeln

www.tfa.blogspot.de/materialien/

Gentrification Blog

Nachrichten zur Stärkung von Stadtteilmobilisierungen und Mieter/innenkämpfen

www.gentrificationblog.wordpress.com/

Karla Pappel

Initiative gegen Mietpreiserhöhungen und Verdrängung in Alt-Treptow

www.karlapappel.wordpress.com/

Kampagne gegen Zwangsumzüge

www.gegen-zwanksumzuege.de/

Berliner Mietergemeinschaft

www.bmgev.de/

Kampagne „Steigende Mieten Stoppen“

www.mietenstopp.blogspot.de/

Kampagne gegen Hartz4

www.hartzkampagne.de/

Kampagne „Wir bleiben Alle“

www.wba.blogspot.de/

Rixdorfer Kiezforum

www.rixdorf.org/

Kampagne „Kein Ort für Nazis“ – Neukölln gegen Nazis

www.neukoelln-gegen-nazis.de/

Initiative 100% Tempelhofer Feld

www.tempelhoferfeld100.de

Info- und Stadteilladen Lunte

Weisestraße 53, U-Bhf: Boddinstraße

www.dielunte.de/

Sammlung von Adressen in Neukölln

www.om44.de/index.php?title=Neukoelln/

RandNotizen

Stadtteilzeitung aus dem Schillerkiez

Quartiersmanagement
Task Force
Stadterneuerung Newölln
Integration
Sanierungsgebiet
Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft
Zwangsumzüge
Repressionen
Mietstiegen
Gentrifizierung
Gesellschaft

Nicht gefördert durch:

